



Sommer-Magazin

Newsletter Juli 2023

Kreisverband Bündnis90/DIE GRÜNEN in Oberberg

Solltest Du den Newsletter ungewollt bekommen, kannst Du Dich [HIER](#) aus dem Verteiler abmelden.
[Hinweis: Mitglieder bekommen ihn automatisch zugestellt.]

Wenn Du oder Deine Gruppe inhaltlich zum Newsletter beitragen willst/wollt, wende Dich bitte an [Marie Brück](#).

Einsendeschluss für die nächste August-Ausgabe ist der **31.08.2023** - Save the Date!



POLITIK AKTIV GESTALTEN

Green Pressure - der Grüne Druck

Liebe Freundinnen und Freunde,

eine Schlagzeile jagt die andere. Kritische Hausärzteversorgung, drohende chronische Engpässe bei Fachkräften, das vierte Dürrejahr in Folge im Oberbergischen, das den Klimawandel spürbarer macht denn je und Ängste freilegt, die Menschen in die Fänge rechter Gruppen treibt, Krieg in Europa oder die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft - die notwendigen Anpassungen sind gewaltig und vieles davon betrifft auch unseren ländlichen Raum ganz konkret. Blicken wir auf das Thema Energie: Just wird ein neues **REGIONALE-Projekt: Freiflächen PV im Oberbergischen Kreis** (mehr dazu im Magazin) aufgelegt. Als Modellregion für dezentrale Versorgung durch Wärme und Strom über die Gewinnung grüner Energie steht hier die Aufgabe im Raum, wie (...) *technische Lösungen unter Einbeziehung der örtlichen Bevölkerung über Speicherlösungen der Energiebedarf einer angrenzenden Siedlungsfläche in Teilen gedeckt werden kann.* Und: hier leben Menschen, die bei den Veränderungen vor ihrer Haustür und in ihrer Gemeinde mitreden und natürlich auch davon profitieren wollen.

Klar ist aber auch: Nachhaltige Energieerzeugung und -nutzung ist weit mehr als ein Ingenieursprojekt, Ratsanträge, Gesetzespakete und Förderrichtlinien. Vor allem wird es darauf

ankommen, dass wir als Gesellschaft gemeinsam daran arbeiten, die Klimakrise schnellstmöglich einzudämmen, die Energieunabhängigkeit voranzutreiben und Versorgung für alle dauerhaft bezahlbar zu machen. Von der Industrie über den Handwerksbetrieb bis hin zu Verbraucher*innen – wir stehen vor enormen Herausforderungen, aber auch großen Chancen und Möglichkeiten.

Wir sind keine Metropole. Oberberg ist Resonanz-Region. Lebendige Dorf- und kleinstädtische Gemeinschaften prägen unsere Region. Nicht in Berlin oder Hamburg, sondern gerade hier wird sich zeigen, ob es uns gelingt, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren und Menschen zu Beteiligten statt Betroffenen werden. Nur wenn alle motiviert sind mitzumachen, werden wir erfolgreich sein. Erste Regionen und Projekte gehen bereits den Weg, die Menschen vor Ort auch stärker finanziell zu beteiligen, z.B. in Form von Bürgerenergiegenossenschaften. Entsprechend nimmt die Kreistagsfraktion bspw. die Vorgänge zum umstrittenen Eingreifen des Landrats in den "Ratsbürger-Entscheid Windkraft" in Nümbrecht genau unter die Lupe. Ein entsprechender Antrag zur Akteneinsicht beim Landrat ist gestellt.

DER GRÜNE DRUCK

"Green Pressure" bezeichnet den deutlich zunehmenden Druck hin zum Grünen und Ökologischen. Das Thema Globale Erwärmung etwa erfasst heute alle Branchen, alle ökonomischen und politischen Diskurse. Und dieser "grüne Druck" ist gekommen, um zu bleiben.

Mit Druck gehen Menschen sehr unterschiedlich um. Ich freue mich, dass wir als Kreistagsfraktion und Kreisverband im September eine Strategie-Klausur angesetzt haben. **"Wenn du es besonders eilig hast - gehe langsam."**, rät ein geflügeltes Wort. Entsprechend werden wir innehalten. Orientieren. Ziele Oberbergischer, Grüner Politik neu konkretisieren. Wir werden den Fragen nachgehen, wie Mitbestimmung organisiert und Engagement besser unterstützt werden kann. Ein wenig wegrücken vom Reagieren zurück zum Agieren.

"Ruhe zieht das Leben an, Unruhe aber verscheucht es." (Gottfried Keller)

Kreisverband und Kreistagsfraktion wünschen Euch allen einen ruhigen Sommer. Regenerieren für die zweite Jahreshälfte. Vielleicht nehmt Ihr das Magazin mit in den Garten oder besser noch: an ein kühles Gewässer. (Schaut auch mal in die Hinweise zum Umgang mit Hitze im Magazin)

Eure **Marie Brück** - Fraktionsvorsitzende im Kreistag Oberberg

In dieser Ausgabe



INHALT

In dieser Ausgabe findet Ihr allgemeine Informationen und Beiträge folgender Gliederungen des Kreisverbandes:

Editorial

Inhalt

1. **Kreisverband -1-** Bericht zur Landesdelegiertenkonferenz in Münster, Juni 2023 und **Kommentar zur LDK** - Friedrich Meyer
2. **Kreisverband -2-** Neue WebSite online
3. **Kreisverband -3-** Angebot: SocialMedia und Grüne Wolke
4. **Kreisverband -4-** Straßburg-Fahrt
5. **Aus dem Europaparlament** - Restore Nature Law, Alexandra Geese
6. **So weit so Grün** - Die Partei in der Verantwortung
7. **Aus dem Bundestag** - Klimaanpassungsgesetz & GEG Übersicht
8. **Aus dem Landtag** - Altschuldenlösung für Kommunen
9. **Aus dem Kreistag** - Ausbau Windenergie und Abstandsregeln
10. **OV Hückeswagen** - Veranstaltung zum GEG
11. **OV Nümbrecht** - Infostand auf dem "Prüllenmarkt"

12. **OV Wiehl** - Demo DBG
13. **OV Waldbröl** - Offener Brief
14. **OV Marienheide** - Sternfahrt mit Nyke Slawik
15. **OV Gummersbach** - Atomkraft beerdigt
16. **Schlaglichter aus den OVen**
17. **Grüner JobCenter**
18. **Veranstaltungskalender**

Kontakt

KV - Die LDK 2023 in Münster



Dem Aufruf des Kreisverbandes uns gemeinsam auf die diesjährige Landesdelegiertenkonferenz vorzubereiten waren leider nur wenige Mitglieder gefolgt.

Am 04. Juni dann zu Beginn der Veranstaltung trafen wir Delegierte, das sind Bernadette, Marc und ich uns im Foyer der Halle Münsterland. Mit dabei unser neuer Kreissprecher Julian und Tammo für die Grüne Jugend Oberberg.



Mit 280 weiteren Delegierten ging es dann ‚sanft‘ mit Reden in das Sitzungswochenende. Die Herausforderungen auch hier in NRW sind gigantisch, das wissen wir alle. Die Entscheidungen, die wir insbesondere zum weiten Themenspektrum Ökologie treffen sollten, würden die Arbeit der Landespartei zumindest bis zur nächsten LDK nachhaltig beeinflussen. Allen war allen klar: Klima- und Naturschutz müssen Hand in Hand gehen. Denn die Artenkrise ist neben der Klimakrise die zweite große Krise unserer Zeit. Mit dem Leitantrag des Landesvorstandes beschlossen die Delegierten ohne Gegenstimmen eine Reihe von Maßnahmen, um die CO2-Emissionen in NRW zu reduzieren und die Artenkrise zu stoppen.

[\[HIER FINDET IHR DEN PARTEITAG-BESCHLUSS\]](#)



Verschiedene Wortbeiträge, auch von anerkannten Wissenschaftlern brachten noch einmal Klarheit über die Tragweite der Floskel: „Lasst uns über Heizungen reden“ dabei rief Prof. Misof vom Leibniz Institut auf, unser Wertesystem in ein naturpositives zu verändern. In 20 Jahren ist laut neuester wissenschaftlicher Erkenntnis 9% der Bevölkerung also 600 Millionen Menschen durch Extremwetter ein Leben auf der Erde nicht mehr möglich.

Yazgülü Zeybek, Landesvorsitzende der GRÜNEN NRW, kommentierte mit Blick nach Berlin:



„Der Gestaltungswille so manch eines Politikers steckt im Großstau und der Kanzler drückt sich vor seiner Verantwortung. Wir haben die Wahl, ob wir so weitermachen wie bisher und die Menschen den verheerenden Folgen der Klimakrise unterwerfen. Oder ob wir unser Zusammenleben neu gestalten wollen, um unsere Demokratie, unsere Artenvielfalt und unseren Wohlstand zu sichern. Zukünftige Generationen werden diese Wahl nicht mehr haben, wenn wir nicht jetzt handeln. Eines Tages werden sie auf diesen Punkt in der Geschichte zurückschauen und hoffentlich, hoffentlich werden sie sehen, dass wir die Kurve gekriegt haben.“

Tim Achtermeyer, Landesvorsitzender der GRÜNEN NRW, sagte in seiner Rede zur Einbringung des Leitantrages:



„Lebensräume werden zerstört, Versiegelung, Pestizide und Eintönigkeit in der Landschaft setzen der Natur zu. In der Folge stürzen ganze Ökosysteme wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Doch es ist keine Zeit zum Missmut. Der Mensch hat dieses Gleichgewicht auseinandergebracht. Der Mensch kann aber auch wieder einen Ausgleich vollbringen. Es ist dringend Zeit, dass sich etwas ändert. Das ist unsere Aufgabe. Der Status-Quo ist die Gefahr. Ein Wandel für mehr Biodiversität schafft globale Sicherheit bei Lebensmittel, Luft- und Wasserqualität und Arznei. Nichtstun ist keine Option.“

Oliver Krischer, Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr



Oliver Krischer verkündete in seiner Rede, dass es ab Herbst ein Sozialticket für 39 Euro geben wird. Außerdem hat er die Rechtsgrundlage geschaffen, dass die Kommunen ohne Mehrkosten ein Ticket für Schülerinnen und Schüler anbieten können. Darüber hinaus brauche es ein vergünstigtes Ticket für Studierende: „Es gibt nur noch ein Problem – das ist Volker Wissing“, sagte Oliver Krischer. „Der will an der Stelle noch nicht mitspielen. Dann haben wir ein Deutschlandticket für alle Menschen. Wir haben es sozial. Wir haben es für Studierende. Und wir haben es für junge Menschen und liebe Freundinnen und Freunde, das ist Verkehrswende, wie wir sie brauchen.“

Mona Neubaur, Klima- und Wirtschaftsministerin in NRW, sagte:



„Die Klimakrise ist das deutlichste Symptom der schwerwiegenden ökologischen Krise, in der sich unser Planet befindet. Und wir treten an als GRÜNE dieses Symptom mit den Mitteln der Moderne zu beantworten. Mit Wissenschaft, mit Demokratie und mit dem Ideenreichtum des Unternehmer*innentum. Und wir sind die, die es schaffen können, eine sozialökologische Marktwirtschaft zum Erfolgsmodell zu machen.“

Wibke Brems, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im NRW-Landtag, sagte in Münster:



„Wir Grüne können Umwelt und Wirtschaft miteinander vereinen, wir können Verfahren beschleunigen, ohne dass Umwelt und Menschen auf der Strecke bleiben. Klimaschutz kostet. Aber kein Klimaschutz kostet noch viel mehr. Und natürlich sind wir sachlichen Argumenten aufgeschlossen. Aber nur weil eine Branche gerade Sturm läuft oder die Bild-Zeitung in eine Kampagne einsteigt, hören wir nicht auf, die notwendigen Dinge umzusetzen.“

Robin Korte, MdL, KV Münster

Robin forderte selbsterklärend auf, dass Antworten auf Fragen in diesem Zusammenhang menschnah erklärt werden müssen und dass jeder Einzelne von uns aufgerufen sei, dies zu tun: „Politik muss erklärt werden!“



An die Türkei und an unsere türkischen Mitmenschen im Land gerichtet sprachen sich durchgängig verschiedene Politiker für demokratische Hilfe aus.

Der hervorragende Beschluss zur Bildungspolitik „Kinder und Jugendliche stärken-Schulen unterstützen -Bildungsauftrag für alle Schüler innen erfüllen“ signalisiert angesichts der massiven Herausforderungen im schulischen Bereich ein klares grünes Signal an die Bildungspolitikern in NRW und im Bund.

Felix Banaszak vom KV Duisburg forderte ein Entgegensteuern der „Trumpisierung“ von Politik gerade im Hinblick auf die schmutzigen, niveaulosen Beiträge der Boulevardpresse und stellte der FDP drei Fragen:

- Seid ihr Teil der Regierung?

- Wollt ihr es bleiben?
- Was gedenkt ihr dafür zu tun?



Einer der Höhepunkte war dann aber der Auftritt von Bärbel Höhn, die von ihrer Arbeit in Afrika berichtete und die Partei dazu aufrief, auf die Straße zu gehen. Barbara bedankte sich an diesem Tag bei allen Grünen für ihr Lebenswerk.



Am Abend dann kam zwar erst nur zögerlich, doch dann so richtig Stimmung bei den Delegierten auf. Mit Musik, Getränken und Diskussionen konnten wir so manchen neuen Kontakt knüpfen. Nicht zuletzt haben wir uns natürlich auch entspannt.





Team für die Europawahl 2024

Gut übernachtet und gefrühstückt, ging es dann am Sonntag in die zweite Runde. Nächstes Jahr sind Europawahlen! Dann wird das Europäische Parlament erneut für eine Legislaturperiode von fünf Jahren gewählt. Im November dieses Jahres steht bei der Bundesdelegiertenkonferenz die Listenaufstellung für die Europawahl an. Selbstredend wollen wir in NRW im Europäischen Parlament mit starken Grünen vertreten sein. Als Vorbereitung auf die Listen-BDK haben wir in Münster Voten für unsere NRW-Kandidat*innen vergeben und damit entscheiden, mit wem wir als Landesverband in die Listenaufstellung gehen.

In bisweilen sehr starken Redebeiträgen haben sich folgende Kandidat*innen auf der LDK durchsetzen können:

Terry Reintke, Co-Vorsitzende der Grünen/EFA-Fraktion im Europaparlament, erhielt mit großer Mehrheit das erste Votum der Delegierten. Mit ihren Voten sprechen die Delegierten des größten grünen Landesverbandes den Kandidierenden für die Europaliste ihre Unterstützung für vordere, aussichtsreiche Listenplätze aus. Weitere Voten wurden an die Europaabgeordneten **Daniel Freund**, **Alexandra Geese** und an **Sandra Schneeloch**, finanzpolitische Sprecherin im Kölner Rat, vergeben.

Bericht: Marie Brück



Kommentar zum LDK- Beschluss "Für ein Welt voller Leben - Naturschutz und Klimaschutz gerecht werden"

Nach der Verabschiedung der von unserer Umweltministerin Steffi Lemke vorgelegten Nationalen Wasserstrategie durch die Bundesregierung war die Erwartung derer, die sich für frei fließende Flüsse einsetzen, an die LDK groß. Im Landesverband der Grünen NRW hatten traditionell Beschlüsse pro Kleiner Wasserkraft eine Mehrheit. Man gab immer vor, dass man die Kleine Wasserkraft mit den ökologischen Anforderungen von Fließgewässern in Einklang bringen wolle und könne. Die Nationale Wasserstrategie stellt demgegenüber fest, dass der Betrieb von Wasserkraftanlagen und insbesondere der Betrieb der Kleinen Wasserkraft dazu beiträgt, dass der gute Zustand in Deutschland noch nicht erreicht ist. Die Verhinderung der vollen ökologischen Durchgängigkeit für Organismen und Sedimente zerstört den Lebensraum Fließgewässer. Daher, dies wird auch in dem auf der LDK verabschiedeten Beschluss erwähnt, ist der Rückbau sinnvoll. Leider wird dies in dem Beschluss abhängig gemacht davon, dass dies mit Nutzungen vereinbar ist. Dies kann man so verstehen, dass wenn der Betreiber einer Wasserkraftanlage diese weiterbetreiben will, ein Rückbau nicht stattfindet. Es wäre gut gewesen, wenn man von der Landesregierung, ausgehend vom Tenor der Nationalen Wasserstrategie, dass die Kleine Wasserkraft, wie wir sie hier bei uns an den Flusswasserkraftwerken an der Agger in Engelskirchen haben, mehr schadet als nutzt, eine Initiative zur finanziellen Ablöse der Wasserrechte fordert. Zumindest wird festgestellt, dass es sinnvoll ist, dass der Bund dazu Fördermittel auch an Private zur Verfügung stellt.

Welche Vorteile niedergelegte Stauanlagen für die Biodiversität haben, kann man hier am Stau Ohl-Grünscheid in Engelskirchen beobachten. Im Herbst 2019 musste wegen des maroden Wehrs der Stau niedergelegt werden. In der Folge entwickelte sich durch die Hochwässer eine natürliche Flusslandschaft. Äschen, die früher nur noch in einem Restvorkommen in der Strecke nahe des Engelskirchener Rathauses vorkamen, sind jetzt wieder bis Engelskirchen Loope mit einer Unterwasserkamera des NABU Engelskirchen festgestellt worden.

Es darf kein Wiederaufstau des Staus Ohl-Grünscheid erfolgen. Wir, bzw. die Fische in der Agger, leben in der Äschenregion. Die Äsche sollte wieder ein Existenzrecht bei uns in der Agger haben. Das neue Wehr, das längst fertig ist aber wegen des fehlenden Sicherheitsnachweises mittels des Niederschlags-Abfluss-Modells nicht heruntergelassen werden darf, muss dauerhaft offen bleiben. "Kein Stau in Ohl-Grünscheid" sollte die Parole unseres Umwelt- und Verkehrsministers Oliver Krischer sein.

Friedrich Meyer 16. Juli 2023



<https://sway.office.com/U2QJMoS6986ZiLWF#content=NWEqbwczVkB7JT>



DIE MENSCHLICHE NATUR



**IN NUR EINEM BILD
ZUSAMMENGEFASST**



Neue WebSite des Kreisverbandes online!

Schaut doch mal rein!

www.gruene-oberberg.de

Als Nächstes steht die Erweiterung unserer Social-Media Plattformen auf der Agenda. Nach der Sommerpause geht es auch auf Instagram los, um die Reichweite - auch im Hinblick auf die kommenden Wahlkämpfe - zu verbreitern. Gerade jüngere SocialMediaNutzer*innen sind mit Facebook-Beiträgen nicht zu erreichen. Das werden wir ändern!

KV - Grüne Wolke, Social Media?



Ihr versteht, warum Social-Media heute zum allgemeinen Erscheinungsbild aller Bereiche gehört, ob Soziales, Wirtschaft, Wissenschaft oder Umwelt. Aber Ihr seid unsicher, das auch praktisch umzusetzen?

Ihr habt von unserer "Grünen Wolke" als sicherer Basis für Teamwork in Grünen Gremien gehört und wollt wissen, ob sie auch für Eure Arbeit in den Ortsverbänden oder Arbeitskreisen Sinn macht? Ihr wünscht Euch eine Einführung in diese Module?

Dann wendet Euch bitte an [Seb Schäfer](#) oder [Marie Brück](#) um einen Termin für Eure Gruppe abzusprechen.

KV - Politische Bildungsfahrt nach Strasbourg 19. - 22. Juni 2023



Auf Einladung von Sabine Grützmaker (MdB) besuchten 26 grüne Mitglieder und Freund:innen die Europastadt Strasbourg in Frankreich. Kurz zusammengefasst: Es war ungeheuer interessant, voller spannender Eindrücke – und sehr heiß.

Wir waren ausschließlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln und zu Fuß in Straßburg unterwegs. Der **ÖPNV ist hervorragend ausgebaut und wird stark genutzt**. Auf 77 km und 6 Linien fährt die Tram u.a. auch grenzüberschreitend nach Kehl alle 6 – 8 Minuten. Das Busnetz umfasst über 400 km, 1/5 batterieelektrisch. Ticketpreise ab 1,70, Monatsabo für 51,80, bis 25 und ab 65 Jahren nur die Hälfte. Arbeitgeber müssen 50% übernehmen- so geht die Verkehrswende!

Auch die **Fuß- und Radmobilität ist enorm gut ausgebaut**. Hinter Paris liegt Strasbourg auf Platz 2 der fußgängerfreundlichsten Städte der Welt. Der Radverkehr nimmt jedes Jahr um 20% zu, der Autoverkehr hat sich seit 1990 halbiert. Es sind sehr viele Lastenräder und Kinder auf den Radwegen, Lieferdienste sind alle mit dem Lastenrad unterwegs.

Die Stadt wird seit 2020 von der **grünen Oberbürgermeisterin Jeanne Barseghian** geführt, ihre Stellvertreterin empfing unsere Gruppe im **historischen Rathaus**. Zum Abschluss unseres Besuchs konnten wir an der **Fête de la Musique** teilhaben, ein Event, dass mittlerweile in über 500 Städten weltweit jeweils am längsten Tag des Jahres stattfindet.

Besucht wurde der **Europäische Gerichtshof für Menschenrechte**, der **Europarat** und das **Europäische Parlament**. Es gab spannende Einsichten in die Arbeit der europäischen Institutionen und das Zentrum des transnationalen Parlamentarismus. Auch Historie und Kultur der alten Stadt am Rhein mit ihrer wechselvollen Geschichte kamen nicht zu kurz. Führungen durch das **Straßburger Münster** und die **Altstadt** machten unsere Fahrt zu einem runden Erlebnis.

Auch im kommenden Jahr wird unsere Bundestagsabgeordnete Sabine Grützmaker wieder zu Besuchen des Bundestags in Berlin und der Europastadt Strasbourg einladen. **Wendet Euch bei Interesse an ihr Wahlkreisbüro!**

Bericht: Seb Schäfer















Ich beim Workshop, wie wir auch mit
pflanzlicher Nahrung Muskeln aufbauen.



1 - #Humor

EU - Eine Chance für den europäischen Naturschutz



EU-Renaturierungsgesetz nimmt entscheidende Hürde

Liebe Oberberger*innen,

das Gesetz zur Rettung der Natur ist einer der wichtigsten Hebel, um die Klimakrise aufzuhalten. Es geht darum, geschädigte Ökosysteme wiederherzustellen. Das ist gut für das Klima, gut für die Artenvielfalt, gut für die Bäuerinnen und Bauern und gut für die Wirtschaft. Wir Grüne haben in Brüssel bis zum Schluss für eine europäische Antwort auf die Umwelt-Krise gekämpft. Und die Natur

hat gewonnen! Oberberg, wir alle haben gewonnen. Derweil ist klar: Der Kreuzzug der Anti-von-der-Leyen-Koalition aus Konservativen und Rechtsextremen, dem sich auch einige Liberale angeschlossen haben, hat das Ansehen des Europäischen Parlaments nachhaltig erschüttert.

Das ist auch ein harter Schlag für den Plan des christdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber, für die Europawahl 2024 ein Bündnis zwischen EVP und Rechtsextremen zu schmieden. Gut so! Die Brandmauer zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Parteien muss stehen, denn Demokratie ist aktuell auch in Europa gefährdet.

Doch der GreenDeal lebt weiter! Mit der Annahme der Parlamentsposition durch die Mehrheit der Abgeordneten gehen wir nun in die Gespräche mit Kommission und Mitgliedstaaten. Wir kämpfen weiter für Europas Zukunft. Ich zähle auf Eure Unterstützung!

Eure **Alexandra Geese**

Mehr Informationen findet Ihr [HIER](#)

<https://www.nabu.de/news/2023/07/33630.html>

Soweit so Grün!

So oft gehen die wichtigen Dinge im Einschaltquoten- und Traffic-Haschen der Medien unter. Wusstet ihr, dass wir zusätzliche 4 Mrd. Euro in den Klimaschutz investieren? Fachkräfteeinwanderung, Klimafolgenanpassung, Kulturpass oder Bürgerrat... Was konnten wir bislang umsetzen?

Ein nicht ganz kurzer Blick nach Berlin!

Wenn Ihr dazu persönlich oder für Eure Arbeit in den OVEN und Gremien mehr Infos braucht, wendet Euch gerne an Sabines Büro. [KONTAKT](#)

#soweitsogruen

schon gewusst?

80% ERNEUERBARE BIS 2030!

Mit der größten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes letzten Sommer fördern wir den massiven Ausbau von Wind- & Solarkraftanlagen. Das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern auch für Verbraucher*innen, denn Strom aus Erneuerbaren ist deutlich günstiger.

#soweitsogruen

schon gewusst?

DER WESTEN STEIGT BEREITS 2030 AUS DER KOHLE AUS!

Im Rheinischen Revier konnten wir den Kohleausstieg 8 Jahre vorziehen! So bleibt mehr Kohle im Boden, CO² gebunden & mehr Landschaft für Menschen und Umwelt erhalten.

#soweitsogruen

schon gewusst?

ENERGIECHARTA-VERTRAG FÜR DEUTSCHLAND ENDLICH GESCHICHTE!

Dieses Abkommen war enorm klimaschädlich, denn Konzerne nutzen die Charta, um Verbote von Erdölbohrungen, die Ablehnung von Pipelines, Steuern auf fossile Brennstoffe oder Entscheidungen für den Kohleausstieg anzufechten.

[#soweitsogruen](#)

schon gewusst?

SEIT MAI IST DAS 49-EURO-TICKET DA!

Eine Revolution für den ÖPNV: Erstmals gibt es ein günstiges, bundesweit gültiges Ticket. Millionen Menschen können nun klimafreundlich & bezahlbar mobil sein. Ein echter Gewinn, gerade für Bürger*innen, deren täglicher Arbeitsweg über Ländergrenzen hinweg geht.

[#soweitsogruen](#)

schon gewusst?

MIT KLUGEN STRATEGIEN GEGEN DIE DÜRRE!

Wir haben die **Nationale Moorschutzstrategie** auf den Weg gebracht, damit Moore wieder dazu beitragen können, klimaschädliches CO₂ zu binden und Wasser in der Landschaft zu halten. Das beugt auch Dürren vor und kann uns zukünftig vor Wassermangel und Nahrungsmittelknappheit schützen.

#soweitsogruen

schon gewusst?

GEMEINSAM GEGEN WASSERMANGEL!

Mit der **Nationalen Wasserstrategie** sorgen wir dafür, dass der nachhaltige Umgang mit Wasser klarer geregelt sind. Wasser wird zukünftig immer knapper und muss auch in Zukunft für alle zugänglich bleiben.

#soweitsogruen

schon gewusst?

WELTWEITER DURCHBRUCH BEIM ARTENSCHUTZ!

Endlich gibt es ein verbindliches, internationales Abkommen für mehr Artenschutz und Biodiversität! Das konnte die internationale Gemeinschaft bei der UN-Weltnaturkonferenz in Montreal vereinbaren. Zuletzt nach hartem Kampf bestätigt in Brüssel. [#RestoreNatureLaw](#) Das ist ein Meilenstein, nicht nur für die Artenvielfalt sondern auch für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen!

[#soweitsogruen](#)

schon gewusst?

AUS FÜR FOSSILE VERBRENNER BIS 2035!

Ab 2035 müssen europaweit alle neu zugelassenen PKW klimafreundlich sein. Der Ausstieg aus dem fossilen Verbrennungsmotor ist ein Meilenstein für den Klimaschutz und bringt die Wende zu klimafreundlichen Antrieben voran.

So schaffen wir Investitionssicherheit für Unternehmen, sichern Arbeitsplätze und stärken den Wirtschaftsstandort Deutschland.

[#soweitsogruen](#)

schon gewusst?

MIT MAßNAHMEN ZUR ENERGIEEFFIZIENZ !

So sollen bei Unternehmen Kosten gesenkt, Innovationen angetrieben und unsere Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Gut fürs Klima ist auch, dass künftig die Abwärme genutzt werden soll, die bisher z.B. in Rechenzentren oft ungenutzt als Nebenprodukt verpufft.

#soweitsogruen

schon gewusst?

WENIGER DÜNGER – MEHR UMWELTSCHUTZ !

Der vom Kabinett beschlossene Entwurf von Cem Özdemir für ein neues Düngegesetz soll die Nitratbelastung unserer Böden und unseres Grundwassers langfristig verringern. Denn gesunde Böden und gutes Trinkwasser sind nicht nur wichtig für Umwelt und Gesundheit, es sind auch die Fundamente für eine starke und zukunfts feste Landwirtschaft.

#soweitsogruen

schon gewusst?

MEHR SCHIENE WAGEN !

Wir stärken die Bahn mit frischem Geld in Milliardenhöhe und führen bei der LKW-Maut einen CO2-Aufschlag ein. So schaffen wir Anreize für einen klimafreundlichen Straßen-güterverkehr und lenken Einnahmen aus der Maut direkt in den Ausbau des Schienennetzes. Das bringt nicht nur den Güterverkehr auf der Schiene voran sondern macht die Bahn für uns alle attraktiver!

#soweitsogruen

schon gewusst?

ATOMAUSSTIEG!

Seit unserer Gründung unserer Partei kämpfen wir dafür. Deutschland ist seit April aus der teuren Hochrisikotechnologie raus, die mit radioaktiven Abfällen zig nachfolgende Generationen belastet. Für die Menschen bleibt sowohl ein niedriger Strompreis als auch die Versorgung gesichert. Und jetzt volle Kraft für sichere, günstige und klimafreundliche Erneuerbare Energien.

#soweitsogruen

schon gewusst?

MIT KLIMAWANDELFOLGEN UMGEHEN LERNEN!

Unsere Sommer werden immer heißer. Mit dem vom Kabinett beschlossenen **Klimaanpassungsgesetz** von Steffi Lemke sollen sich unsere Kommunen gegen die Hitze zur Wehr setzen. Neue Konzepte beim Bauen und Planen im öffentlichen Raum schaffen kühlere und schattigere Bereiche und so lebenswertere und gesündere Städte.

#soweitsogruen

schon gewusst?

SCHNELLER AUF DIE SCHIENE!

Mit dem Gesetz zur Genehmigungsbeschleunigung sollen 312 Schienenprojekte beschleunigt aus- und neugebaut werden. Außerdem hat die Sanierung maroder Brücken oberste Priorität. Sinnvoll, denn der emissionsarme Schienenverkehr ist nicht nur gut fürs Klima, sondern wird auch zukünftig für alle günstiger als fossile Antriebe.

#soweitsogruen

schon gewusst?

FACHKRÄFTE- EINWANDERUNGSGESETZ!

Der demografische Wandel ist für unseren Arbeitsmarkt fatal! Den Mangel bekommen wir alle im Alltag zu spüren, sei es in der Gastronomie oder beim Besuch beim Arzt. Wir brauchen rd. 400.000 Menschen jedes Jahr zusätzlich auf dem Arbeitsmarkt. Daher haben wir bessere Bedingungen geschaffen für Fachkräfteeinwanderung, damit wichtige Jobs besetzt werden können und unsere Gesellschaft und der Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Mit dem #Fachkräfteeinwanderungsgesetz bekennen wir uns zum modernen Einwanderungsland, denken Familien & Geflüchtete mit und sichern Wohlstand & Sozialsysteme.

#soweitsogruen

schon gewusst?

KULTURPASS!

Corona hat das kulturelle Leben für alle stark eingeschränkt. Viele junge Menschen haben unter den Schließungen und Kontaktbeschränkungen gelitten. Ihnen wollen wir etwas zurückgeben. Dieses Jahr wurde erstmals der KulturPass eingeführt! Junge Menschen, die 2023 ihren 18. Geburtstag feiern, bekommen mit dem KulturPass ein Budget von 200 Euro für kulturelle Angebote: Sie können es z.B. ausgeben für Konzerte, Theateraufführungen, Kino-, Museumsbesuche, Parks oder Bücher, Tonträger, Noten & Musikinstrumente. So können junge Menschen Kultur erleben und in allen Regionen entdecken. Und gleichzeitig stärken wir die vielen lokalen Kulturanbietenden nach der Pandemie – damit wir alle weiterhin die vielfältigen Kulturangebote in unserem Land nutzen können.

#soweitsogruen

schon gewusst?

WAHLALTER #EU!

Jungen Menschen ist es nicht egal, wie die Welt von morgen aussieht – sie wollen und sie sollen die Zukunft mitgestalten. Denn sie sind es, die am meisten davon betroffen sind. Mit der Senkung des Wahlalters bei Europawahlen auf 16 Jahre ermöglichen wir jungen Menschen, frühzeitig Verantwortung zu übernehmen und die Gesellschaft mitzugestalten. Wir profitieren alle von einer lebendigen Demokratie, die sich weiterentwickeln muss, um zu bestehen.

#soweitsogruen

schon gewusst?

WIR STÄRKEN DEN WHISTLEBLOWERSCHUTZ!

Viele große Skandale wären ohne Hinweisgeber*innen nicht ans Tageslicht gekommen. Menschen, die Missstände in dem Unternehmen oder in der Behörde, in der sie arbeiten, aufdecken, wollen andere Menschen schützen. Daher müssen sie nun keine Repressalien mehr fürchten. Sehr wichtig ist, dass solche Hinweise auch anonym eingereicht werden können. Unternehmen und Behörden müssen Meldestellen einrichten, die solche Hinweise auch anonym annehmen und untersuchen.

#soweitsogruen

schon gewusst?

LOBBYREGISTER REFORMIERT !

Damit gehören wir nun zum internationalen Spitzenfeld in Sachen Transparenz! Endlich schärfen wir beim Lobbyregister gezielt nach, denn Demokratie braucht Transparenz. So können Bürger*innen alle politischen Entscheidungen nachvollziehen.

#soweitsogruen

schon gewusst?

BÜRGERRAT!

160 geloste Teilnehmer*innen aus ganz Deutschland werden das Thema „Ernährung im Wandel“ beim ersten Bürgerrat beraten und Empfehlungen erarbeiten. So bekommen Bürger*innen die Möglichkeit aktiv Vorschläge in den Bundestag einzubringen und mitzugestalten.

#soweitsogruen

Bundestag - Klimaanpassungsgesetz



Katastrophe auf Wiedervorlage?

Wie brutal, wie gnadenlos die Flut 2021 gewütet hat, ist heute noch unübersehbar. Der Schock ist ebenso wenig überwunden wie der Bau-Notstand in den betroffenen Regionen. Die menschlichen Verluste - unersetzbar. Den finanziellen Schaden berechnet das Bundesumweltministerium mit rd. 80 Mrd. Euro für **Extremwetterereignisse 2021**. (BMUV PM 07.2022)

Das verheißt nichts Gutes in einer Situation zunehmend spürbarer **Klimawandelfolgen** – Jedes Menschenleben ist wertvoll. Und wie oft können wir solche Summen stemmen?

Katastrophen sind schlimm, aber nicht aus ihnen zu lernen ist fatal!

2022 starben europaweit rund 60 000 Menschen in Zusammenhang mit zu hoher Hitze, 8000 davon in Deutschland. Die Todesfälle hingen in der Regel mit Hitzschlägen oder Sonnenstichen zusammen und betrafen meist ältere Menschen.

2023 wurden sämtliche Hitzerekorde bereits im Juni gebrochen. Das bestätigt die Prognosen von Klimaforschenden: Unsere Sommer werden in Zukunft nur noch heißer werden.

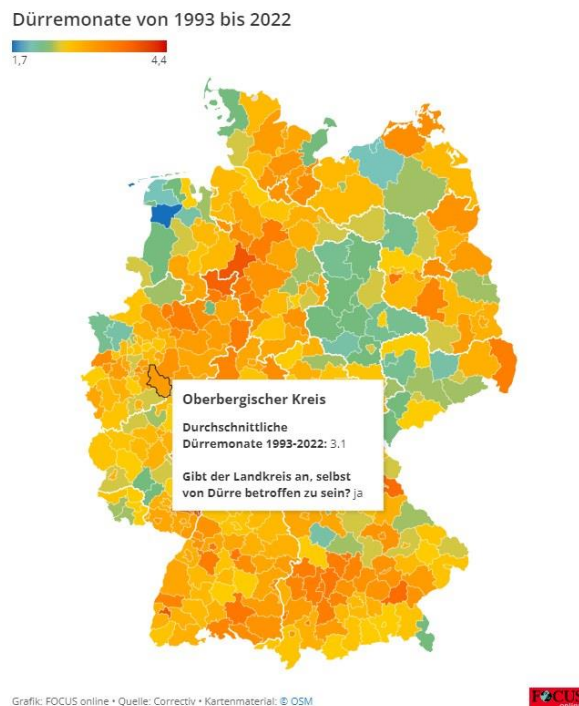
Obwohl 96 Prozent aller deutschen Landkreise schon jetzt von Klimawandelfolgen betroffen sind, haben nur rund 26 Prozent bereits eigene Klimaanpassungskonzepte entwickelt, 22 Prozent geben an daran zu arbeiten. [[Correctiv-Recherche](#)]

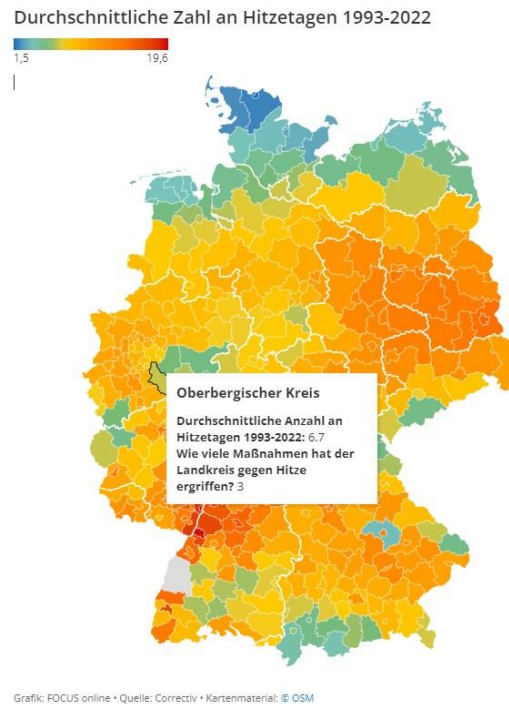
Nicht einmal die Hälfte der Gemeinden ist auf die neue Realität vorbereitet!

Dem wirken wir entgegen. Das gestern in der Regierung beschlossene [#KlimaAnpassungsGesetz](#) sieht unter anderem eine Verpflichtung der Landkreise zur zeitnahen Erstellung der Klimaanpassungskonzepte vor. Bundes- und Landesregierungen werden die notwendigen Risikoanalysen durchführen und Lösungen vorschlagen. Verantwortungsbewusst und fair in die Zukunft. Heute im Gedenken an die Opfer der Flut 2021.

Was das konkret heißt:

https://www.bmu.de/.../20. Lp/kang/Entwurf/kang_refe_bf.pdf





GEBÄUDEENERGIEGESETZ (GEG)

UpDate Juli 2023:

Weiteres Vorgehen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu längeren Fristen für die Opposition im parlamentarischen Verfahren zum GEG



Wir haben sehr großen Respekt vor der Entscheidung der Richter*innen in Karlsruhe. Deswegen haben die Fraktionsvorsitzenden der Ampelfraktionen entschieden, das Gebäudeenergiegesetz in der Form, wie der federführende Ausschuss es gestern beschlossen hat, **auf die Tagesordnung der ersten Septemberwoche** zu setzen, also der nächsten regulären Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Damit haben dann auch tatsächlich alle Mitglieder des Deutschen Bundestages noch einmal ausreichend Zeit, sich mit diesem Gesetzentwurf zu beschäftigen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte uns explizit auch die Möglichkeit eröffnet und noch mal darauf hingewiesen, dass wir auch eine Sondersitzung in der parlamentarischen Sommerzeit hätten stattfinden lassen können. Wir haben das auch erwogen. Allerdings sehen wir bereits, dass auch diese Frage einer Sondersitzung zum Gegenstand intensivster politischer und teilweise auch aufgeheizter Debatten würde. Und aus unserer Sicht ist es notwendig, dass man parlamentarische Beratungsprozesse schützt. Und die parlamentarischen Beratungsprozesse sollten jetzt nicht zum Spielball von Diskussionen zwischen Regierung und Opposition werden. **Deswegen machen wir ein ganz ruhiges parlamentarisches Verfahren, aber wir geben auf der anderen Seite den Menschen Klarheit.**

Mich erreichen auch aus dem Wahlkreis eine ganze Menge diesbezüglicher Anfragen. Entsprechend möchte ich Euch hier die häufigsten Fragen geschlossen beantworten:

FRAGEN & ANTWORTEN



Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK)

Mit ihm stärken wir die Natur als unsere wichtigste Verbündete für den Klimaschutz

Was hat es damit auf sich?

Mit dem ANK legen wir das größte Naturschutzpaket seit Jahrzehnten vor. Es wäre klasse, wenn auch Eure Gemeinden, Städte und Kreise sich mit Projekten für den Natur- und Klimaschutz beteiligen.

- Infoblatt ANK ländlicher Raum [\[DOWNLOAD\]](#)
- Förderrichtlinie ANK ländlicher Raum [\[DOWNLOAD\]](#)
- Musterskizze ANK ländlicher Raum [\[DOWNLOAD\]](#)
- Informationspapier ANK Unternehmen [\[DOWNLOAD\]](#)

- Merkblatt ANK Unternehmen [\[DOWNLOAD\]](#)
- Förderrichtlinie KfW-Umweltprogramm [\[DOWNLOAD\]](#)

Landtag



ALTSCHULDEN-LÖSUNG
MADE IN NRW

AUCH
OBERBERGISCHE
KOMMUNEN
PROFITIEREN
VON UNSERER
LÖSUNG FÜR
KOMMUNALE
ALTSCHULDEN.

Als schwarz-grüne Koalition setzen wir eines unserer zentralen Versprechen um: **Wir steigen in die Lösung der kommunalen Altschulden ein.** Darüber haben wir Euch bereits in unserer Kommunalinfo vom 20. Juni informiert. Da uns derzeit viele Fragen erreichen, haben wir Euch FAQs zusammengestellt.

1. Das Wichtigste in Kurzform

Welche Vorteile haben die Kommunen durch die angekündigte Altschuldenlösung in NRW?

- Es findet ein **echter Schuldneraustausch** statt, mit dem die Schulden der Kommunen in den Landeshaushalt übergehen. Das bedeutet, dass die Kommunen von diesen Altschulden auch tatsächlich befreit werden. Sie belasten somit zukünftig nicht mehr die kommunalen

Bilanzen. Dadurch wird das Eigenkapital der Kommunen erhöht. Außerdem sind sie dadurch gegen weitere Zinserhöhungen geschützt (s. Frage 4).

- Auch wenn das Land angesichts der angespannten Haushaltslage die Finanzierung der Altschuldenlösung zunächst überwiegend mithilfe des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) bereitstellen muss, übernimmt der Landeshaushalt über die **Grunderwerbsteuer-Garantie** indirekt doch einen relevanten Anteil an der Finanzierung (s. Fragen 20 und 21)
- Die geplante Altschuldenlösung entlastet **zielgenau** die Kommunen mit den höchsten Altschulden. Damit stellen wir sicher, dass keine Kommune durch die steigenden Zinsen erdrückt wird, und werden unserer politischen Verantwortung für die Gesamtheit der Kommunen in NRW gerecht.
- Mit dem geplanten knapp 10 Milliarden Euro werden die Zinssteigerungen abgefangen. Das entlastet die betroffenen Kommunen unmittelbar und strukturell um hohe dreistellige Millionenbeträge.

Warum wird die Altschuldenlösung über das GFG finanziert und nicht direkt über den Landeshaushalt? Derzeit gibt es im Landeshaushalt keine finanziellen Spielräume. Gründe dafür sind die schwierige konjunkturelle Situation, die Steuermindereinnahmen aufgrund bundespolitischer Entscheidungen (insbesondere der Abbau der sog. kalten Progression) sowie die verfassungsrechtliche Notwendigkeit, die Schuldenbremse einzuhalten. Wir standen vor der schwierigen Entscheidung, Zins und Tilgung für eine Altschuldenlösung als Vorwegabzug aus dem GFG zu finanzieren oder aber auf eine Altschuldenlösung zu verzichten. Wir haben uns für ersteres entschieden, weil es aus unserer Sicht in der Abwägung und in der aktuellen Situation steigender Zinsen die richtige Entscheidung für unsere Kommunen ist. Dabei werden die Kosten für die Kommunen gedeckelt. Sollten die kommunalen Anteile an der Grunderwerbsteuer, die das Land den Kommunen freiwillig überlässt, zur Finanzierung des Schuldendienstes nicht ausreichen, springt das Land ein.

II. Politische Rahmenbedingungen

1. Was wurde im Koalitionsvertrag vereinbart?

„Die vom Bund klar angekündigte einmalige gemeinsame Kraftanstrengung zur Entlastung der Kommunen von ihren Altschulden muss unmittelbar erfolgen. Zu diesem Zweck werden wir noch in diesem Jahr gemeinsam mit dem Bund eine Lösung vereinbaren. Sollte der Bund seiner Verantwortung nicht nachkommen, bekennen wir uns dazu, im kommenden Jahr selbst eine Lösung herzustellen und dafür einen Altschuldenfonds einzurichten, der für die teilnehmenden Kommunen eine substanzielle und bilanzielle Entlastung bringt. Insbesondere beim Klimaschutz und der Klimaanpassung kommen hohe Investitionsbedarfe auf unsere Kommunen zu. Sanierung und Umbau ihrer Infrastruktur werden viele Kommunen aber nicht allein stemmen können. Dies gilt nicht nur für die strukturschwachen und verschuldeten Kommunen, sondern z. B. auch für die vielen Gemeinden im ländlichen Raum. Daher schaffen wir ein auf 20 Jahre angelegtes Investitionsprogramm in Höhe von 300 Millionen Euro pro Jahr (insgesamt sechs Milliarden Euro) für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen für alle Kommunen.“ [Zeilen 5178 bis 5192].

2. Wie ist der Sachstand für eine Bundeslösung?

Beide Koalitionen – auf Bundes- wie auf Landesebene – haben sich auf eine Altschuldenlösung in ihren Koalitionsverträgen verständigt.

Der Bund hat dem Vernehmen nach grundsätzlich eine hälftige Übernahme der kommunalen Kassenkredite > 100 Euro pro Einwohner*in zugesagt. Die weiterhin notwendigen Abstimmungsprozesse im Bundestag und im Bundesrat laufen. NRW geht jetzt mit einer eigenen hälftigen Altschuldenlösung in Vorleistung, weil die Zeit aufgrund des Zinsanstiegs drängt.

3. Hängt die Landesübernahme der Altschulden von der Bedingung ab, dass der Bund die andere Hälfte übernimmt?

Nein. Wir steigen als Land NRW jetzt in die Altschuldenlösung ein, notfalls auch ohne den Bund. Allerdings werden wir nur die Hälfte der Altschulden übernehmen, d.h. es braucht weiterhin auch die Anstrengung des Bundes, um eine vollständige Entlastung der Kommunen zu erreichen.

Wir haben die Landeslösung so gestaltet, dass sie kompatibel mit den Eckpunkten von Bundesfinanzminister Lindner ist. Das betrifft unter anderem die hälftige Übernahme der Altschulden durch den Bund, die Berücksichtigung von Schulden ab 100 Euro pro Einwohner*in sowie die Berücksichtigung des vom Bund gewählten Stichtages.

Wir erwarten vom Bundesfinanzminister, dass er jetzt eine entsprechende Regelung des Bundes auf den Weg bringt.

4. Warum warten wir nicht auf eine Bundeslösung?

Der Anstieg des europäischen Leitzinses wirkt sich nur zeitversetzt aus, wird aber mittelfristig voll auf die Kommunen durchschlagen. Stand heute rollt eine Mehrbelastung von 800 Millionen Euro pro Jahr auf die betroffenen Kommunen zu. Jetzt nicht zu handeln, würde also bedeuten, dass die betroffenen Kommunen in weiten Teilen in die Haushaltssicherung rutschen. Da Liquiditätskredite i.d.R. endfällig sind und über unterschiedliche Laufzeiten verfügen, wird eine Altschuldenübernahme derzeit außerdem mit jedem Jahr teurer.

Darüber hinaus hat der Bund eine hälftige Übernahme der kommunalen Altschulden in die Schuld der jeweiligen Länder als Voraussetzung für eine bundesweite Altschuldenlösung formuliert. Nachdem alle anderen betroffenen Bundesländer bereits eine entsprechende Landeslösung umgesetzt haben, schafft NRW jetzt ebenfalls diese Voraussetzung.

5. Gibt es Vorbilder in anderen Bundesländern?

Ja, z.B. in Hessen („Hessenkasse“) und Rheinland-Pfalz. Unsere NRW-Lösung ist eine Mischung aus den Modellen von Hessen und Rheinland-Pfalz. Während sich die Finanzierungsseite (Vorwegabzug GFG) am Modell von Hessen orientiert, ist die Entlastungsseite (hälftige Schuldenübernahme durch das Land) eher mit dem Modell von Rheinland-Pfalz zu vergleichen.

6. Wie hoch sind die „Altschulden“ in NRW aktuell?

Stände zum Stichtag 31.12. (Quelle: IT.NRW, *Destatis, inkl. Wertpapierschulden)

2014: 26,40 Mrd. Euro

2015: 26,34 Mrd. Euro

2016: 26,35 Mrd. Euro

2017: 25,81 Mrd. Euro

2018: 24,78 Mrd. Euro

2019: 23,63 Mrd. Euro

2020: 22,66 Mrd. Euro

2021: 22,02 Mrd. Euro

2022*: 20,61 Mrd. Euro

An diesen Zahlen zeigt sich deutlich, dass der von GRÜNEN und SPD ab 2011 aufgelegte Stärkungspakt Stadtfinanzen seine Wirkung nicht verfehlt hat. Mit seiner Hilfe konnte der Anstieg der Kassenkredite gestoppt und eine Trendumkehr eingeleitet werden. Dies wurde einerseits durch Landesgeld erreicht, aber auch durch drastische Einsparungen und Steuererhöhungen der betroffenen Kommunen. (s. Frage 31). Nach der Stabilisierung der Haushalte konnte aufgrund der guten konjunkturellen Lage sogar mit einem teilweisen Abbau der Kassenkredite begonnen werden.

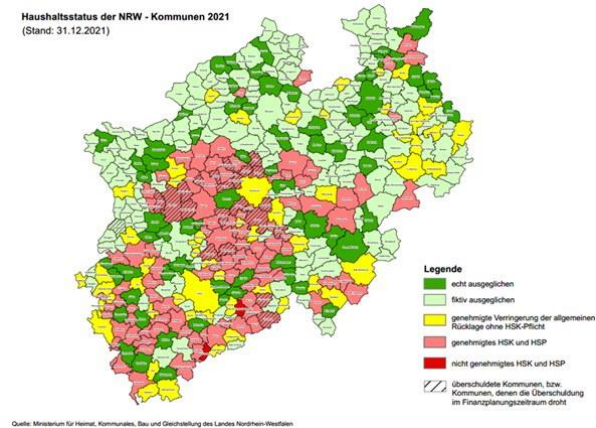
Die Rückführung der Kredite geschah aber letztlich zulasten von Investitionen, da erzielte Haushalts- und Liquiditätsüberschüsse automatisch in die Schuldentilgung flossen, während Kommunen ohne Liquiditätskredite solche Mittel unmittelbar (re-)investieren konnten. So darf der Rückgang bei den Altschulden nicht darüber hinwegtäuschen, dass der immense Sanierungsbedarf bei der Infrastruktur oft nicht angegangen werden konnte. Auf den immer noch sehr hohen Kassenkrediten lastet darüber hinaus – wie leider durch die letzten Monate bestätigt – ein enormes Zinssteigerungsrisiko.

7. Wie viele Kommunen sind betroffen?

Insgesamt halten 312 Städte, Gemeinden und Kreise in NRW Liquiditätskredite, 199 davon über 100 Euro pro Einwohner*in.

Rund ein Drittel aller Kommunen in NRW befand sich Ende 2021 in der Haushaltssicherung oder musste die Allgemeine Rücklage verringern. 21 Städte und Gemeinden waren Ende 2021 bilanziell überschuldet oder unmittelbar davon bedroht. Vgl. Grafik:

Haushaltsstatus der NRW - Kommunen 2021
(Stand: 31.12.2021)



„Auch Kommunen in Oberberg profitieren von der gefunden Lösung für die Altschulden. Das ist umso wichtiger, weil gerade mit Blick auf die kommenden Herausforderungen durch den Klimawandel dringend finanzieller Spielraum für die Kommunen geschaffen werden muss. Mit den zusätzlich 6 Milliarden Euro für Klimaanpassung und Klimavorsorge geben wir den stark verschuldeten Kommunen genau diese Möglichkeiten zurück.“

DIE ECKPUNKTE

Was das genau bedeutet findet Ihr hier:

1. Die [Schuldenübernahme](#)
2. Die [Finanzierung](#)
3. Der [Zeitplan](#)
4. Das [Glossar - Hintergrundinfos](#)

HINWEIS: Städtebauförderung 2024 startet – vieles einfacher, vieles neu, eines bleibt: Gemeinden und Städte von morgen bauen

Anschreiben des Ministeriums findet Ihr [HIER](#)

Die Anlage zum Anschreiben findet Ihr [HIER](#)

Aus dem Kreistag

Foto: OVZ, Kupper



Nervenzentrum des Rettungsdienstes: Am Sonntag wurde von hier aus ein Kind gerettet, das leblos aus einem Planschbecken geholt worden war.

Foto: Kupper

I. GEISTER-BESCHLUSS

Seit Langem ist der **Kreishausneubau** ein Streitfall. Allen Fraktionen ist klar, dass die dezentrale Verteilung der Verwaltungseinheiten über etliche Häuser (bisweilen angemietete Wohnhäuser) in Sachen Energie und Unterhaltung, res. Instandsetzung ineffizient ist. Was aus unserer Perspektive jedoch erklärungsbedürftig, weil vollkommen unklar ist, ist der seitens der Kreisverwaltung geplante Umzug der Kreisleitstelle in ein sog. Lagezentrum opulenter Größe. Eine Erklärung für die Ausmaße dieser Einrichtung blieb uns bislang trotz Nachfrage verwehrt - es sei denn, mensch begnügt sich mit der Auskunft des Landrats, er sei "DER erwiesene Experte in Sachen Katastrophen-/Pandemiebewältigung", wo wir doch das ein oder andere durchaus zu bemängeln, und bereits mehrfach (Pandemie) ausgedrückt haben. Mit Kreistagsmehrheit aus CDU/FDP/FWO/DU und UWG wurde zuletzt ein Auftrag zur "Planung" an ein entsprechendes Architekturbüro vergeben, das uns erstmals schlüssige Daten liefern wird. Ausdrücklich ist dieser Auftrag noch keine Zustimmung zum Bau!

Nun wurden wir vor Kurzem von einem OVZ-Artikel überrascht, den wir mit einem entsprechenden Brief an den Landrat bedacht haben. Aber lest selbst:

Bei Anruf geht es um Leben und Tod

OVZ 12.07.2023

Oberbergischer Kreis hat seine Leitstelle ausgebaut – Arbeit der Disponenten nimmt stetig zu

VON REINER THIES

Kalsbach. Das Unglück passierte am vergangenen Sonntagmorgen in Lindlar. Der vierjährige Junge stürzte nicht mehr, als der Vater ihn aus dem aufblasbaren Planschbecken holte. Nachdem er bei der Rettungsleitstelle angerufen hatte, gab ihm der Mann am anderen Ende der Leitung genaue Anweisungen für die Wiederbelebung. Parallel setzte der Disponent den Rettungsdienst in Gang und bestellte einen Hubschrauber, der das verletzte Kind nach Bonn brachte. Am Montag teilte die Klinik mit: Der Junge zeigt keine neurologischen Ausfälle.

Dr. Ralf Mühlhausen freut sich: „Der Ablauf hat hervorragend geklappt. Und wir hatten Glück, in solchen Fällen kommt es auf die Minute an.“ Der Leiter des Amtes für Rettungsdienst, Brand- und Bevölkerungsschutz der Kreisverwaltung steht in dem Lindlarer Fall ein Paradebeispiel dafür, worauf es bei einer Rettungsleitstelle ankommt.

➤ **Morgens mehr Anrufe**
An einem Nachmittag eine Woche zuvor geht es im Nervenzentrum des oberbergischen Rettungsdienstes richtig zu. Es ist weniger los als etwa am Morgen, wenn der Berufsverkehr und die Hitze-Kreislauf-Probleme nach dem Aufstehen die ersten Einsätze der Tagesbesuche. Doch der Schein trügt auch ein wenig. An den drei von sechs Tischen, die besetzt sind, gehen auch um diese Zeit immer wieder Anrufe ein, die allerdings möglichst sofort aufgelegt abgewickelt werden. Laut rangheftig wird hier auch in der größten Hektik nicht. Wenn ein Kollege Unterstützung braucht, schaltet er die Hilfleuchte über seinem Tisch ein. Die Disponenten der Rettungsleitstelle betreiben den Hilfersuchen am Telefon von

der Abfrage des Notrufs bis zur Alarmierung der Feuerwehr und des Rettungsdienstes. Sechs Disponenten haben von Montag bis Freitag einen neuen Arbeitsplatz im Großraum der Rettungsleitstelle, die der Kreis in Marienheide-Kalsbach am Rand des Windhaagener Industriegebietes betreibt. Vorher waren es halb so viele Plätze. Zudem wurden die technisch aufgerüstet. Denn die Arbeit nimmt zu.

Etwas 320 Anrufe gehen Tag für Tag ein, 120.000 über das ganze Jahr. Ralf Mühlhausen berichtet, dass es immer mehr Hilfersuchen gibt, obwohl die Zahl der Unfälle und Schlaganfälle in den vergangenen Jahren gleich geblieben ist. Dennoch rufen Leute unter der 112 an, die wieder ein Feuer nach einem unmittelbaren lebensbedrohlichen Notfall, sondern etwa einen Bandscheibenschaden melden wollen und sich eigentlich an den Hausarzt wenden müssten.

Der stellvertretende Amtsleiter Achim Schmidt sagt: „Wir können die Anrufer nur dann an den zuständigen Notdienst verweisen, wenn wir sicher aus-

schließen, dass es keine lebensbedrohliche Situation ist. Sonst eben nur ein verunsicherter Dienstleister.“ Leider gibt es inzwischen eine gewisse Anspruchslosigkeit. Es ist aber nicht unsere Aufgabe, ein totes Taxi zum Krankenhaus zu vermitteln.“ Birgit Hahn merkt an: „Leider denken viele, dass sie den Rettungsdienst wie eine Dienstleistung buchen können.“ Die zuständige Dozentin des Kreises holt es für Konsequenz, wenn das Notrufsystem über eine einzige Nummer verlaufen würde, und an dieser Stelle der Hilfsbedürftigen festgestellt und delegiert würde. „Bereit sind wir die Rückfallebene für alle Fälle.“

➤ **Auf Leben und Tod**
Nicht selten, sagt Ralf Mühlhausen, rufen ältere Leute an, die unter Vereinsamung leiden. „Man weiß aber nie, was dahintersteckt. Wir müssen reagieren, auch wenn nur von Kopfschmerzen die Rede ist.“

Denn wenn das Telefon klingelt, geht es auch immer wieder um Leben und Tod. So wie am Sonntag bei dem vierjährigen Kind. Die Disponenten in der



Man weiß nie, was hinter einem Notruf steckt. Wir müssen reagieren, auch wenn nur von Kopfschmerzen die Rede ist.

Dr. Ralf Mühlhausen, Leiter des Rettungsdienstes

Leitstelle sind sowohl als Berufsfeuerwehrleute als auch als Rettungssanitätern ausgebildet und haben Einsatzserfahrung. Dennoch geht zur neuen Ausstattung der Arbeitsplätze eine digitale Ausrüstung mit bewährten Formulierungshilfen („Der

Notruf ist zu Ihnen unterwegs“) für das Standardverfahren, das Punkt für Punkt abgeleitet wird.

➤ **Schlitt dauert 24 Stunden**
Als Achim Schmidt vor 17 Jahren bei der Leitstelle angefangen hat, war die Funktechnik noch analog. Damals gab es 14 Disponenten, heute sind es 40. Der gelebte Elektromechaniker und stellvertretende Amtsleiter berichtet, dass es neben den sechs Tischen im vergrößerten Leitstellenraum noch sechs Arbeitsplätze gibt, bei denen die Anrufer bei Großschadenslagen angemessen werden. Im Normalbetrieb besetzt fünf Disponenten um 7:30 Uhr den 24-Stunden-Schicht, an demnach haben sie einen Tag lang frei.

Die Arbeit ist anstrengend. Im Normalbetrieb beschäftigen sich drei Disponenten mit Aufgaben im Hintergrund und machen Pause. Die drei Kollegen an den Tischen müssen dreizehn sechs Monitore im Auge behalten. Das Einsatzleitsystem gibt eine Übersicht über die verfügbaren Einsatzmittel wie die Feuerwehreinheiten, zeigt digitale Karten an und dokumentiert die Einsätze. Das Funkkommunikationssystem dient der Kommunikation mit den Einsatzkräften. Zur neuen Ausrüstung der Tische gehören eine bessere Hardware und neue Programme, die etwa den Umgang mit den NINA-Warnungen ermöglichen.

Die Rettungsleitstelle kann mit Generatoren ihren eigenen Strom produzieren. Infolge der jüngsten Krisen gibt es nun auch Sanitätsleitstellen und ein digitales Alarmsystem über Pager, das im Falle eines allgemeinen Blackouts mehr als 72 Stunden lang funktioniert. Oberstes Gebot ist die Verfügbarkeit des Systems, komme was wolle. Beim nächsten Anruf von wieder um das Leben eines vierjährigen Kindes gehen.

Neubau geplant

Einem weiteren Ausbau der Leitstelle halten die Verantwortlichen für umginglich. Der stellvertretende Leitstellenchef Achim Schmidt berichtet von überfüllten Serverräumen und unzureichenden Sozialräumen. „Wir haben nur das Alernotige gemacht und sind immer noch am Ende der Fahnenstange.“ Die in diesem und dem kommenden Jahr geplanten Investitionen in Höhe von einer Million Euro sind nur eine Interimslösung.

Laut Kreisratgeberbeschluss sollen die Leitstelle und die geplanten



Das Notfallzentrum soll umziehen. Archivfoto: Börsch

Linkspartei und Grünen hatten sich verglichen für einen Ausbau der Kapazitäten am aus ihrer Sicht besseren Standort in Kalsbach ausgesprochen.

Im Neubau am der Möhlstraße soll es einen Betriebsraum mit neun Einsatzleitzentralen geben, zudem wieder sechs weitere Einsatzplätze in einem Ausnahmeabgaberaum. Neben Büroräumen für die Lagedienstführung, den Telefonat und einen Mehrzweckraum sind eine Umklekabine mit Schwarz-Weiß-Trennung sowie Sozialräume vorgesehen. Nicht

Sehr geehrter Herr Landrat,

mit Interesse haben wir die Berichte in der Mittwochs- Ausgabe der OVZ über den Ausbau der Kreisleitstelle und den geplanten Umzug in das Kreishaus gelesen. Darin werden Einzelheiten der Pläne genannt, die unserer Fraktion bisher nicht bekannt sind. Offenbar informiert die Verwaltung die Presse und damit die Öffentlichkeit besser als den Kreistag. Das irritiert uns.

Auch wird von einem Beschluss des Kreistages zum Umzug der „Leitstelle und von geplanten angegliederten Stabsräumen für Großschadenslagen in einen Neubau am Kreishaus in der Gummersbacher Innenstadt“ berichtet. Auch ein solcher Beschluss ist uns nicht bekannt. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.11.2022 über den von uns, SPD und LINKE eingebrachten Antrag zur Kreisleitstelle debattiert, darin hat die Verwaltung erstmalig die Notwendigkeit der Raumplanung u.a. mit der Errichtung eines Lagezentrums begründet.

Beschlossen wurde laut Niederschrift des nichtöffentlichen Teils:

„Der Kreistag beschließt, die Planungsleistungen Hochbau für die Zentralisierung der Verwaltung ... zu vergeben. Grundlage für die weitere Bearbeitung sind das Ergebnis des Realisierungswettbewerbs sowie die beschlossenen Überarbeitungshinweise.“

In Ihrer Antwort auf die Anfrage der SPD vom 8.9.2022 im AGN am 14.9.2022 wurden ebenfalls nur mitgeteilt:

„Als Grundlage für die weitere Planung ist ein konkretes Raumprogramm in Bearbeitung. Unter Berücksichtigung der vorgegebenen Rahmenbedingungen sollen die Optionen zur Unterbringung von Teilen des Notfallzentrums am Standort Moltkestraße überprüft werden. Hierzu zählt auch die Kreisleitstelle.“

Wir bitten Sie deshalb, den Fraktionen im Kreistag zur internen Meinungsbildung nunmehr die Pläne der Verwaltung zur Verlagerung der Kreisleitstelle und zur Errichtung eines Lagezentrums zur Verfügung zu stellen. Die zeitnahe Unterrichtung der Politik über die Vorhaben der Verwaltung gehört aus unserer Sicht zu Ihren zentralen Aufgaben, die wir in diesem Falle als nicht ausreichend

bewerten. Bitte stellen Sie uns die erforderlichen Informationen in den nächsten Wochen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Henrik Köstering

II. KREISTAG-RESOLUTION

KiTa-Ausbau

Der Kita-Ausbau im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamts ist erheblich gefährdet. Ein großes Problem sind die Fördersätze im Rahmen der U3/U6-Investitionsförderprogramme zur Kindertagesbetreuung von Land und Bund sowie die Fristen für die Fertigstellung und Inbetriebnahme bei Kita-Bauprojekten. Seit Pandemiebeginn schon stiegen die Kosten an, doch spätestens nach der Preisexplosion im Planungs- und Baubereich nach Beginn des Ukraine-Kriegs mit verbundenen Material- und Lieferengpässen sowie der Schwierigkeit, überhaupt an ausführende Fachfirmen zu kommen, hapert es bei der Umsetzung von Ausbauplänen.

Deshalb hat der Kreistag bei seiner letzten Sitzung im Kulturzentrum in Lindlar die „Resolution zur Investitionsförderung für Kindertagesstätten“ einstimmig beschlossen. Der Antrag wurde gemeinsam von CDU, SPD, den Grünen, FDP/FWO/DU und der UWG eingebracht.

Die Problematik zeigte sich unter anderem ganz praktisch in der Gemeinde Reichshof. Für den Ausbau der AWO-Kita in Eckenhagen und der DRK-Kita in Denklungen musste der Kreisjugendhilfeausschuss erst Anfang des Monats darüber entscheiden, die Mehrkosten von bis zu 25 Prozent über den kalkulierten Gesamtbaukosten zu übernehmen. Insgesamt geht es um 70 weitere und dringend benötigte Betreuungsplätze. Aufgrund der Kostenproblematik wurden die Maßnahmen schon 2021 auf das folgende Jahr geschoben. Entspannt hat sich die Lage am Markt seitdem aber nicht.

Konkret geht es beim Projekt der DRK-Kita „Morgenstern“ um einen Zuschuss von weiteren rund 250.000 Euro durch den Kreis. Bewilligt wurden bereits 1,32 Millionen Euro. 90 Prozent davon kommen vom Bund, der Rest vom Kreis. Für die AWO-Kita „Helene Simon“ müsste der Kreis mit bis zu 330.000 Euro zusätzlich einspringen. Bewilligt wurden hier rund 989.000 Euro, 90 Prozent übernimmt das Land. Immerhin wurde der Durchführungszeitraum für Investitionsmaßnahmen im Rahmen der Landesprogramme schon angepasst und bis zum 31. Dezember 2024 verlängert.

Der Kreistag hat mit der Resolution nun eine Anhebung der Fördersätze und eine Verlängerung der Fristen für den Abschluss der Baumaßnahmen im Rahmen der Investitionsprogramme gefordert. Mit der Änderung der Förderrichtlinie Ende 2020 wurden die aktuell geltenden Förderhöchstbeträge festgelegt, heißt es in dem Antrag.

„Dies geschah jedoch zurückliegend noch vor dem Ukrainekrieg und damit unter völlig anderen Voraussetzungen.“

Die Wirtschaftslage und auch die damit einhergehenden extremen Kostensteigerungen in der Baubranche stellt die Kita-Träger und Jugendämter bei der Realisierung von Baumaßnahmen vor völlig andere Bedingungen.

Nahezu alle Kita-Träger erklärten, dass mit den aktuellen Pauschalen (zum Beispiel bei Neubaumaßnahmen pro Platz 33.000 Euro Landes-/Bundesmittel inklusive Ausstattung) kein weiterer Kita-Ausbau betrieben werden könne, da die Kosten der Baumaßnahme durch die bewilligten Fördermittel nicht gedeckt werden und der gesicherte Finanzierungsrahmen verlassen werde. *„Die Forderungen, dass die deutlichen Mehrkosten (Differenzen zu den bewilligten Investitionsmitteln) vollumfänglich durch den Oberbergischen Kreis übernommen werden, nehmen zu und werden bezogen auf alle noch ausstehenden Baumaßnahmen mehr oder weniger aufgestellt“.*



Auf dem LDK-Wochenende in Münster habe ich Chance genutzt um dazu direkt mit Josefine zu sprechen. Als unsere Familienministerin NRW ist sie die richtige Ansprechpartnerin zum Resolutionsthema. Laut Josefine ist der Landesregierung das Thema bewusst. Ihr Ministerium arbeitet gerade eine entspr. Änderung in der Förderung aus.

Konkret wird das heißen:

Mehr Geld gibt es nicht (Haushalt steht, Mittel sind knapp), aber die Förderhöhen werden entsprechend der Kostensteigerungen angepasst. Dadurch wird die Anzahl der Förderungen zwar sinken, allerdings werden die bewilligten Mittel die zusätzlichen Kosten in etwa decken.

Derzeit sind auch im Bund die Bewilligungen nicht das Problem, sondern die zögerliche Haltung zum Abruf der Mittel - weil das Geld nicht ausreicht. Allerdings sinkt die Inflationsrate augenblicklich wieder und auch die Bundesregierung hat entsprechend die Abruffrist um ein Jahr bis 31.12.2024 verlängert.

Marie Brück

III. ENERGIE AUS OBERBERG

EIN ÜBERRASCHENDEN REGIONALE-PROJEKT



Das Thema Energie-Erzeugung ist in allen Kommunen präsent. So natürlich bei uns im Kreis. Die Kreistagsfraktion hat deswegen das Gespräch mit der AggerEnergie gesucht und interessante Einblicke gewonnen. Seit Gründung der AggerEnergie 2006 waren wir tatsächlich die erste Fraktion zu Besuch, so die beiden Geschäftsführer Frank Röttger und Uwe Töpfer! Nach eigener Aussage suchen sie die Zusammenarbeit mit den Kommunen und dem Kreis, das Interesse gerade am Ausbau der Erneuerbaren Energien ist aber unterschiedlich groß. Die Planung und Installation von Photovoltaik wird über eine eigene Abteilung auch für Privatgebäude angeboten, an größeren Wind- oder Freiflächen-PV-Projekten möchte sich die AggerEnergie gerne beteiligen.

Ihr grüner „Heimatstrom“ ist ein wirtschaftlicher Flop, dafür haben sie ca. 150 Kunden, viele davon aus der eigenen Belegschaft und sie könnten 10 mal mehr Haushalte versorgen.

Mit dem Produkt „Heimatstrom“ wird Strom aus regionalen Wasserkraft-, Windenergie- und PV-Anlagen vermarktet. Das könnte noch viel besser laufen, die Nachfrage ist schwach. Im Wärmebereich ist die AggerEnergie vor allem als Gaslieferant aktiv, mit allen damit verbundenen aktuellen Problemen. Man engagiert sich aber auch bei Nahwärmenetzen, so haben sie die Wärme- und Kälteversorgung auf dem Steinmüllergelände gebaut und betreiben sie klimaneutral mit Hackschnitzeln. Mit den Kommunen ist man auch im Gespräch über die kommende Pflicht zur kommunalen Wärmeplanung.

REGIONALE 2025

Agri-PV im Oberbergischen Kreis

Im Mai 2023 hat die REGIONALE 2025 ein neues Projekt aufgenommen. In Oberberg soll eine Agri-PV-Anlage als Modellprojekt für das Bergische Rheinland entwickelt werden. Details sind uns noch nicht bekannt, wir sind gespannt!

Link zum REGIONALE-PROJEKT:

[Freiflächen-PV im Oberbergischen Kreis.](#)

Seb Schäfer



Angesichts der AfD-Prognosen

Wollen wir wirklich die Regierungspolitik mit Rechten diskutieren?

Gäbe es da nicht ein Thema, das dazu vorab aus der Welt geräumt sein müsste? (Die Zitate sind alle echt!)

Quelle: Faktencheck Volksverpetzer <https://www.volksverpetzer.de/analyse/afd-zitate/>

Damit später niemand sagen kann
„Oh! Das habe ich aber nicht gewusst!“

„Die politische Korrektheit gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.“
Alice Weidel, AfD

„Bescheidenheit bei der Entsorgung von Personen ist unangebracht.“
Jörg Meuthen, AfD

„Antifa? Ab ins KZ!“
Mirko Welsch, AfD, MdL

„Homosexuelle ins Gefängnis? Das sollten wir in Deutschland auch machen!“
Andreas Gehlmann, AfD

„Ich würde niemanden verurteilen, der ein bewohntes Asylantenheim anzündet!“
Marcel Grauf, Referent von Dr. Christina Baum, AfD und Heiner Merz, AfD

„Wir sollten eine SA gründen und aufräumen!“
Andreas Geithe, AfD

„Drecksack-Antifakindern bekiffter Eltern gehört eine verpasst und sie in den Dreck geworfen. Ihnen gehört gedroht, dass sie nächstes Mal unter der Erde liegen!“
Egbert Ermer, AfD

„Wir müssen die Printmedien und den öffentlich-rechtlichen Propagandaapparat angreifen und abschaffen.“
Heiko Hessenkemper, AfD

„Wer versucht, die AfD zu richten, den richtet die AfD!“
Hans-Thomas Tillschneider, AfD

„Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!“
Markus Frohnmaier, AfD

„Brennende Flüchtlingsheime sind kein Akt der Aggression.“
Sandro Hersel, AfD

„Von der NPD unterscheiden wir uns nicht durch Inhalte.“
Dubravko Mandic, AfD

„Wenn jemand kommt, und den ganz großen Knüppel rausholt und das damit schafft, innerhalb von zwei Tagen zu beenden, bin ich sofort dabei.“ Beatrix von Storch, AfD

„Solche Menschen müssen wir selbstverständlich entsorgen.“ Petr Bystron, AfD

„Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt.“
Björn Höcke, AfD

„Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln.“ Dieter Görnert, AfD

„Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde.“

Marcel Grauf, Referent von Dr. Christine Baum, AfD und Heiner Merz, AfD

„Ich wünsche mir so sehr einen Bürgerkrieg und Millionen Tote. Frauen, Kinder. Mir egal. Es wäre so schön. Ich will auf Leichen pissen und auf Gräbern tanzen. SIEG HEIL!“
Marcel Grauf, Referent von Dr. Christina Baum, AfD und Heiner Merz, AfD

„Wir müssen ganz friedlich und überlegt vorgehen, uns ggf. anpassen und dem Gegner Honig ums Maul schmieren aber wenn wir endlich soweit sind, dann stellen wir sie alle an die Wand. (...) Grube ausheben, alle rein und Löschkalk oben drauf.“ Holger Arppe, AfD



Energiewende ist möglich

Das Gebäudeenergie-
gesetz mit neuen Anforderungen
Welche Haustechnik ist für
welches Gebäude realistisch?
Für welche Lösung gibt es Fördermittel?
Wie löst die heimische Industrie das?

Weststraße 41, 42499 Hückeswagen

FORUM Hückeswagen 17. Mai 18:30 Uhr

Impulse, Diskussion & Antworten

LÖSUNGEN FÜR HÜCKESWAGEN

Veranstalter BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN Ortsverband Hückeswagen
V.i.S.d.P. Christian Werth, Kölner Str. 66, 42499 Hückeswagen
Fotos Adobe Stock, Gestaltung www.liedholz.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Infoveranstaltung, 17. Mai im Forum Hückeswagen zur Energiewende

Der Klimawandel fordert auch von Hausbesitzern eine Verbesserung der Energiebilanz. Im Fokus der Veranstaltung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN erhielten Hausbesitzer erste Informationen zur Lösung der zukünftigen Anforderungen.

Die vier Referenten des Abends erläuterten aus verschiedenen Blickwinkeln Fakten und Hintergründe.

So stellte **Roland Lenzing**, als einer der beiden **Geschäftsführer der Firma Pflitsch GmbH** Hückeswagen, die Zusammenhänge eines Mittelständlers zum Energiesparen als zertifizierter Vorlieferant der Automobilindustrie dar.

Mit **Stefan Gehle** konnte **ein Schornsteinfeger** und Energieberater, der viele Heizungskeller kennt, seine Erfahrungen vermitteln. Mit Hinweis auf die Wärmeschutzverordnung von 1977 und den über Jahre gestiegenen Anforderungen sind mehr als 40 Millionen Haushalte betroffen. Energiesparen ist ein Zusammenspiel bei der Reduzierung des Wärmebedarfs der Immobilie und einer effizienteren Gebäudetechnik und kann daher unterschiedlich erreicht werden.



Von der **Verbraucherzentrale** erläuterte **Dipl. Ing. Martin Halbrügge** die 65% Anforderungen beim Einsatz regenerativer Energie in Verbindung mit einer Wärmepumpe. Jährlich werden durchschnittlich 1 Million Heizkessel ersetzt. **Fazit: in den meisten Einfamilienhäusern ist der Einsatz einer Wärmepumpe realisierbar und förderfähig. Eine verbesserte Wärmedämmung und eine eigene Photovoltaikanlage verbessern die Energiebilanz erheblich.**

BEW-Geschäftsführer Jens Langner konnte von einer verstärkten Inbetriebnahme von weiteren Photovoltaikanlagen berichten. Bis Mai 2023 wurde die gleiche Anzahl neuer Photovoltaikanlagen in Betrieb genommen wie im gesamten Jahr 2022.

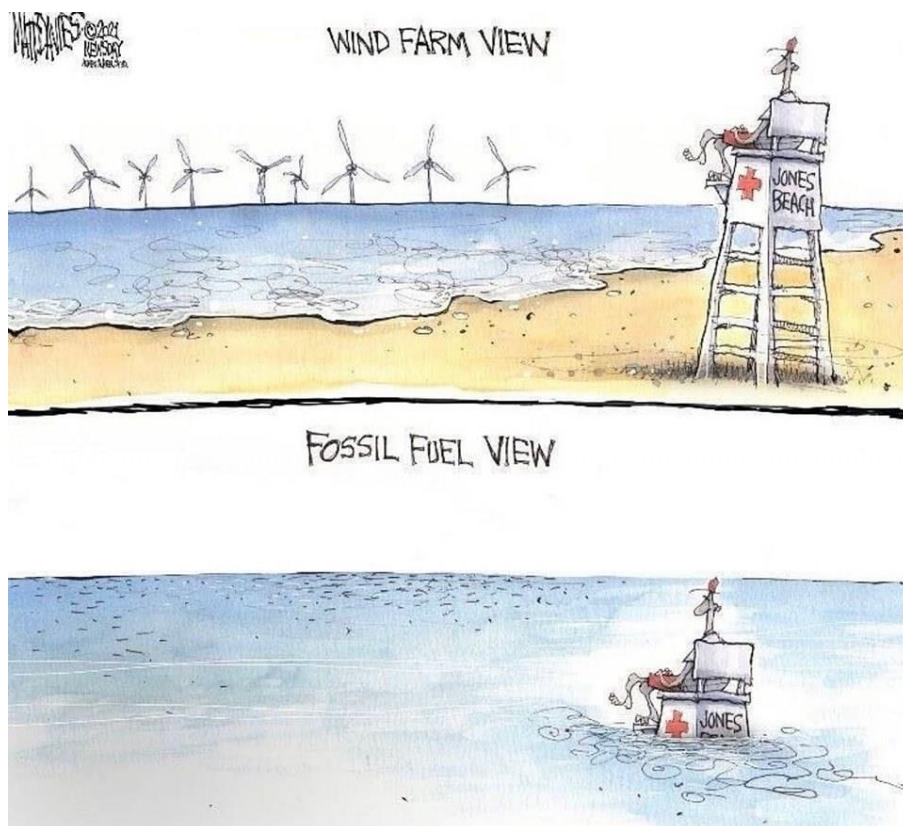
In der von **Dipl. Ing. Heiko Schulz-Andres** moderierten Diskussion konnten Besucher der Veranstaltung ihre Fragen an die Referenten richten. So wurden Fragen zu **Fördermitteln**, zu **Handwerker-Kapazitäten** oder zu technischen Anforderungen möglichst direkt beantwortet. In anderen Fällen wurde auf eine individuelle Vor-Ort-Beratung durch zertifizierte Berater hingewiesen.

Bericht: Utz Gessner





HINWEIS: SOMMER UND HITZE



2 - #Humor

PM Hausärzteverband Oberberg

Heiße Tage und Hitzewellen mit Überschreitung von Temperaturen, die gesundheitliche Gefährdungen insbesondere für Kleinkinder, Senioren, chronisch kranke Menschen und Pflegebedürftige

mit sich bringen und eine erhöhten Sterblichkeit bis zu 12% erfordern ein Bewusstsein zu den Gefahren und Maßnahmen zu Hitzeschutzmaßnahmen.

Dr. Krolewski, der Vorsitzende des Oberbergischen Hausärzteverbandes: " Bei einem Hitzeindex von über 32 habe ich in den vergangenen Tagen in Oberberg bei öffentlichen Veranstaltungen und draußen die meisten Menschen ohne Kopfbedeckung gesehen. Die Sonnenhitze wirkt direkt auf Hirnfunktionen und der Kopfschutz durch eine Bedeckung schützt. Ebenfalls Aufenthalt im Schatten, Verlagerung von Tagesaktivitäten in die kühlere Tageszeit, Vermeiden körperlich anstrengender Tätigkeiten und Hitzeschutz an den Arbeitsplätzen und in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen."

20 Minuten ungeschützter Gehweg bei hohen Außentemperaturen und direkter Sonneneinstrahlung z.B. zum Einkaufen können bei älteren Personen bereits zum Hitze-Kollaps führen. Öffentliche

Plätze in den Oberbergischen Kommunen haben zumeist wenig oder keine Verschattungszonen, metallene Sitzgelegenheiten erhitzen sich so, dass niemand darauf sitzen kann bei Oberflächentemperaturen von 50-60 Grad. Asphalt im Verschattungsbereich von Bäumen erhitzt sich dagegen nur auf 28 Grad C.

Kritisch für die Gesundheit wird es , wenn bei einer Hitzewelle von mehreren Tagen (Temp. von mehr als 32 Grad) Gebäude erhitzen und damit auch die Innenraumtemperaturen in kritische Bereiche ansteigen können. Zu Hitzeschutzkonzepten gehört deshalb auch die Organisation kühler Zufluchtsräume für Personen, die zu Hause in kritische Wärmelastungen kommen. Zufluchtsorte können Schwimmbäder, klimatisierte Gebäude, Kirchenräume mit 24/7-Zugänglichkeit sein wie in anderen Ländern, die Hitzeschutzkonzepte entwickelt haben.

"In NRW stehen wir da gerade am Anfang wie in allen Bundesländern. Wichtig ist, dass die Gefahrensituation erkannt wird bis hin zu möglichen Eintreten von Hitze-Katastrophenlagen." so Dr. Krolewski.

Beim Notdienst in Oberberg am 10.06.2023 stellte sich eine erhöhte Häufung hitzegetriggelter Erkrankungen dar: Entzündungen im Kopfbereich wie Ohren- und Nebenhöhlenentzündungen, heftige Bronchialerkrankungen, Blinddarmentzündungen, Blutdruckentgleisungen und Schwächezustände. Für Deutschland wurden aufgrund der Hitze- und Dürrejahre 2018 und 2019 ermittelt: pro Hitzetag bei Hitzewelle bis zu 19.000 zusätzliche Krankenhausbehandlungen und tägliche Folgekosten durch Krankenbehandlungen und hitzebedingter Arbeitsunfähigkeiten zwischen 195 und 465 Mio. Euro .

Der Oberbergische Hausärzteverband unterstützt die Aktion "Mit Hitze Keine Witze" der Bundesärztekammer und ruft Öffentlichkeit und Gesundheitseinrichtungen zum Handeln gegen die Hitze-

gefahren und zum Gesundheitsschutz auf. Das geplante Klimawandelanpassungskonzept im Oberbergischen Kreis muss aus der Sicht des Hausärzteverbandes hinsichtlich der Abwehr von Gesundheitsgefahren schnell umgesetzt werden.

Oberbergische Hausarztpraxen haben die Möglichkeit, sich in einer "Task-force Hitzeschutz" einzubringen . Andere Gesundheitseinrichtungen werden ebenfalls dazu eingeladen. Es geht neben dem Schutz gefährdeter Gruppen auch um den Schutz von Mitarbeiter:innen und der betrieblichen Abläufe unter Hitzebedingungen.

Hitzewellen im Rahmen der Klimawandelbedingten Veränderungen durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe stellen eine massive Gefährdung dar und werden zunehmen. Eine Begrenzung der maximalen Erderwärmung auf 1,5 Grad C. kann dazu führen, dass Hitzeschutzkonzepte dazu beitragen, dass für die Menschen und die Gesellschaften die Grenzen der Anpassungsfähigkeit noch nicht

überschritten werden.

In anderen Ländern kommt es durch Dürre und Hitze bereits zu massiver erzwungener Auswanderung. Die Risiken und Entwicklungen sowie Handlungserfordernisse sollten allen bekannt sein.

Für die Arbeit in Euren Kommunen :

Kompetenter Hitzeschutz für Kommunen [\[LINK\]](#)

Info des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe:

"Vorsorge und Verhalten bei Dürre und Hitze" [\[LINK\]](#)



Flagge zeigen auf dem Prüllenmarkt

Nachdem aus der Bürgerschaft immer wieder der Standartsatz kam: Man sieht euch nur alle paar Jahre, wenn gewählt werden soll, haben wir bei der Klausurtagung im November 2022 beschlossen, sichtbarer zu werden und Öffentlichkeitsarbeit mehr in den Vordergrund des Nümbrechter OV's zu stellen. Hierzu möchten wir aktuelle Themen zu den Bürger:innen tragen, mit Ihnen ins Gespräch kommen und natürlich für uns Grüne werben.

"Man sieht euch nur alle paar Jahre, wenn gewählt werden soll."

Dabei war uns wichtig über kommunalpolitische Themen ins Gespräch zu kommen und die gefühlte Distanz zwischen Bürger:innen und der Politik, gerade auf kommunaler Ebene, zu verringern.

Die Umsetzung fand in Nümbrecht statt mit einer sehr erfolgreichen Veranstaltung im Januar 2023 pro Windkraft in der Gemeinde und einem großen Stand auf dem Prüllenmarkt im Juni 2023. Wir haben uns vorgenommen, in Zukunft, auf Veranstaltungen präsent zu sein und selber Veranstaltungen zu aktuellen Themen zu organisieren. Da eine gute Öffentlichkeitsarbeit Vorlauf und gute Organisation braucht, ist unser Ziel drei Mal im Jahr eine Veranstaltung durchzuführen, bei der wir mit den Bürger:innen ins Gespräch kommen.

Thema: Wo kommt die Energie her und wie kann Energie gespeichert werden?

Auf unserem diesjährigen Prüllenmarkt hatten wir das Motto „wo kommt die Energie her und wie kann Energie gespeichert werden“. Dazu hatten wir ein Balkonkraftwerk ausgestellt, viele kleine solarbetriebene Spielzeuge und eine Infotafel mit den Vor- und Nachteilen unterschiedlicher Speichermöglichkeiten (Batterien). Für die Kinder haben wir die Möglichkeit zum Malen, Basteln und Carrera-Bahn fahren angeboten. Dieses Angebot für Kinder haben viele junge Familien angenommen und wir konnten gute Gespräche mit den Eltern führen. Zusätzlich danken wir der Grünen Jugend Oberberg, die uns unterstützt haben. Zusammenfassend war die Präsenz auf dem Prüllenmarkt ein Erfolg. Der Gesprächsbedarf bei den Bürgern ist groß. Viele Besucher haben Lust auf eine PV-Anlage und Speicherung und blieben stehen um sich zu informieren. Auch wenn uns Gegenwind ins Gesicht bläst, sollen wir uns zeigen und in guten Gesprächen einige Missverständnisse ausräumen, genauso wie Herausforderungen einräumen und benennen.

Markus Schauf, Nümbrecht, 28.06.2023.

OV WIEHL



Bunte Demo quer durch Wiehl! [20. Juni 2023]

Kommentar von Barbara Degner zum beeindruckenden Demonstrationsumzug der Schülerinnen und Schüler des DBG

900 Menschen demonstrieren für den Schulneubau in Wiehl - Hier geht's zum Artikel: [LINK](#)



<https://sway.office.com/U2QJMoS6986ZiLWF#content=t2XMke6ySnfhph>



Nach dem Luftschloss nur noch heiße Luft von der Bürgermeisterin

Nachdem die Markthalle im April 2022 den Flammen zum Opfer fiel, wurde bereits im Juni 2022 ein erster Entwurf durch die Bürgermeisterin Weber vorgestellt. Ein Koloss sollte entstehen mit Gastronomie, Büro- und Museumsräumen und einem Saal der 400 Sitzplätze bieten sollte. Riesiger Nachteil – nach einer ersten Schätzung sollte das Luftschloss über 8 Mio. Euro kosten. Dies war allerdings den Mitgliedern des Stadtrats deutlich zu viel. Ein Arbeitskreis sollte gemeinsam mit der Verwaltung den Umfang der neuen Markthalle abstecken und eine Empfehlung abgeben.

In mehreren Sitzungen wurde das Anforderungsprofil diskutiert und ausgearbeitet. Mit den gemeinsam getragenen Rahmenbedingungen wurden diverse Architekturbüros angeschrieben mit der Bitte, Entwürfe im Rahmen einer Planungsstudie einzureichen. Drei Büros sind dem nachgekommen und durften ihre Entwürfe im Auswahlgremium vorstellen.

Alle drei Entwürfe wurden vorab unter anderem durch das Büro ASS geprüft und entsprachen den vom Arbeitskreis gemachten Vorgaben – und alle sind grundsätzlich als förderfähig eingestuft worden, Zweifel wurden nie geäußert.

Die Entwürfe wurden dann am Montag, den 19. Juni 2023 dem Arbeitskreis, der nun zum „Auswahlgremium“ mutierte, durch die drei Büros vorgestellt. Stimmberechtigt waren, neben der Bürgermeisterin, je eine Person pro Fraktion. Die Experten waren lediglich beratend tätig.

Nach den Vorstellungen und Beratungen sollte das „Auswahlgremium“ eine Entscheidung zu den vorliegenden Entwürfen machen und hier konnte der Entwurf von „De zwarte Hond“ die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Einhelliger Favorit der beratenden Experten sowie der Bürgermeisterin und der CDU war der Entwurf von „form A“ – dieser wurde allerdings von zwei Dritteln des „Auswahlgremiums“ abgelehnt. Scheinbar waren die Argumente, Hinweise und Anregungen der Experten so schwach, dass diese nicht von allen Mitgliedern des Gremiums übernommen wurden. Hierbei muss man berücksichtigen, dass die Mitglieder des Gremiums in Teilen selbst aus der Branche sind, Architekten, Handwerker oder Ingenieure mit einer jahrzehntelangen praktischen Berufserfahrung.

In der folgenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, gemeinsam mit dem Hauptausschuss, ließ Bürgermeisterin Weber dann die Bombe platzen. Die Empfehlung des eigens installierten „Auswahlgremiums“, in dem sie selbst teilgenommen hat, missfiel ihr und ihren Beratern. Plötzlich wurde die Förderfähigkeit in Frage gestellt, Lärmschutz- und Gründungsgutachten gefordert oder auch die Nachhaltigkeit hinterfragt; immerhin sollte neben Holz und Glas auch Lehm verwendet werden – inwiefern dieser schlechter als Beton sein soll ist bisher noch unklar. Das „De zwarte Hond“ solch eine Halle realisieren kann ist unschwer an der Markthalle in Groningen zu erkennen.

Nyke Slawik (MdB) in Gummersbach





Die stellvertretende grüne Vorsitzende des Verkehrsausschusses im Bundestag,

Nyke Slawik aus Leverkusen, hielt eine tolle Rede bei der Fahrraddemo des ADFC am 22.5.2023. Der oberbergische Fahrradclub hatte zu einer Rad-Sternfahrt nach Gummersbach unter dem Motto „**Sichere Radwege jetzt**“ aufgerufen, an der sich über 100 Radfahrende aus dem ganzen Kreis beteiligten. Aus Radevormwald und Waldbröl, aus Lindlar und Bergneustadt radelten sie in Gruppen zu den Startpunkten, die dann ab Niederseßmar und Marienheide mit Polizeibegleitung auf der Wiese im Stadtgarten zusammenkamen. Dort fand dann die Abschlusskundgebung statt, bei der Nyke deutlich machte, welchen hohen Stellenwert der Radverkehr bei der Verkehrswende spielt. Als Rednerin eingeladen war auch unsere frühere gemeinsame Landratskandidatin, **Tülay Durdu** (SPD), die nun den Rhein.-Bergischen-Kreis im Landtag NRW vertritt. Der RBK ist vor kurzem der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte (AGFS) beigetreten- leider ist da noch immer keine Kommune aus Oberberg dabei. Eike Schmilinsky, ADFC Sprecher der Kreisgruppe Oberberg, forderte einmal mehr von den Verwaltungen, mehr Engagement für den Ausbau der

Fahrradinfrastruktur in unserem Kreis zu zeigen. „Erst wenn auch Kinder sicher mit dem Fahrrad unterwegs sein können, sind Radweg gut!“

OV Gummersbach



Der OV Gummersbach hat am Tag der endgültigen Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland diesen Umstand gewürdigt. Es gab Sekt und O-Saft und – vor allem – kleine AKW's aus Schokoküssen und Keksen. So konnten alle höchstselbst ein AKW endgültig beseitigen. Ein Sarg mit dem Modell eines AKW wurde festlich mit Tannengrün geschmückt, Atommüllfässer lagen "in der Endlagerstätte" darunter und leuchteten sogar. Die Kranzschleifen waren etwas ungewöhnlich...



"Wir trauern NICHT um dich!" und "Ein fröhlicher Abschied"

... aber machten doch einige Leute stutzig, die sich dann in einem der vielen Gespräche näher informierten. Es gab viel Zustimmung für die Entscheidung, die Nuklearkraft nun zu beenden und sich mit aller Kraft den Erneuerbaren Energien zuzuwenden – was bisher sträflich vernachlässigt wurde. Manche Zeitgenossen hatten aber auch eine andere Meinung und wollten die Kernkraft weiter nutzen. Einige ließen sich von den Argumenten überzeugen, dass die Kernkraft eben nicht billig ist, dass sie eben nicht sicher ist und dass die kontaminierten Abfälle unsere Nachkommen bis zu 1 Million Jahre bedrohen werden.

Die Strompreise könnten deutlich niedriger werden, würden wir mehr Sonne, Wind und Wasser nutzen. Vor allem aber müssen wir dafür sorgen, dass die Stromtrassen erheblich ausgebaut werden, damit die regenerativen Kraftwerke nicht immer wieder abgeschaltet werden müssen.

Fritz Lothar Winkelhoch





Kreisverband Münster

Heute

Politische*r Referent*in

Du begeisterst dich für politische Arbeit, kannst dich mit GRÜNER Politik identifizieren und bringst Kenntnisse parteipolitischer Strukturen mit? Dann passt Du gut zu uns! Der Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Münster sucht ab dem 1. November 2023 eine*n politische*n Referent*in in der Kreisgeschäftsstelle (bis zu 30 h/Woche). Mit über 1.200 Mitgliedern sind wi...

📍 Münster, Nordrhein-Westfalen

📅 Frist: 20. August 2023

Teilzeit 30 Stunden pro Woche Unbefristet Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Berufsanfänger*in



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf

vor 2 Tagen

Kreisgeschäftsführung

Der Kreisverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Kreisgeschäftsführung. Suchst du nach einer neuen beruflichen Herausforderung? Würdest du die Grünen gern unterstützen? Dann bewirb dich bis zum 20. August 2023 bei uns. Frühzeitige Bewerbungen sind sehr erwünscht. Mehr Informationen findest...

📍 Charlottenburg-Wilmersdorf, Berlin

📅 Frist: 20. August 2023

Vollzeit 30+ Stunden pro Woche Unbefristet Büroleitung
min. 2 Jahre Berufserfahrung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bonn

vor 3 Tagen

Kampagnenmanager*in

Leitung mindestens der Wahlkämpfe für die Europawahl 2024 sowie die Kommunal-, OB- und Bundestagswahl 2025. Mit 30 Std./Woche - Vergütung in Anlehnung an E12 TVÖD (VKA), teilweise Homeoffice-Möglichkeit und attraktiven Sachleistungen

📍 Bonn, Nordrhein-Westfalen

📅 Frist: 04. September 2023

Teilzeit 30 Stunden pro Woche Unbefristet Wahlkampf Berufsanfänger*in



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Schleswig-Holstein

vor 3 Tagen

Finanzbuchhalter*in

In unserer Landesgeschäftsstelle in Kiel suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt Verstärkung in unserer Kreisverbandsbuchhaltung. Komm ins Team und gestalte Schleswig-Holstein mit Für ein besseres Morgen.

📍 Kiel, Schleswig-Holstein

📅 Frist: 31. August 2023

Teilzeit 20-30 Stunden pro Woche Unbefristet Finanzen
min. 2 Jahre Berufserfahrung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Bonn

vor 3 Tagen

Fachkraft für Büroorganisation

Zum 01.09. suchen wir zur Verstärkung unserer Kreisgeschäftsstelle eine Fachkraft für Büroorganisation: Als Empfangsmensch, freundliche Stimme am Telefon, "Postzentrale" und Buchungszentrale für unsere Räume und sonstige Ressourcen

📍 Bonn, Nordrhein-Westfalen

📅 Frist: 10. August 2023

Teilzeit 20 Stunden pro Woche Unbefristet Verwaltung Berufsanfänger*in



KV Potsdam

vor 3 Tagen

Kreisgeschäftsführer*in KV Potsdam

Für die Koordination der Arbeit des Kreisverbands, die Verwaltung und die Erledigung des Tagesgeschäfts suchen wir eine eigenständige, engagierte und motivierte Person, die bei uns die Geschäftsführung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 25 Stunden in Teilzeit wahrnimmt. Als Einstiegstermin wird der 1. Oktober 2023 angestrebt.

📍 Potsdam, Brandenburg

📅 Frist: 13. August 2023

Teilzeit 25 Stunden pro Woche Unbefristet Geschäftsführung
Berufsanfänger*in



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat

11. Juli 2023

Fraktionsreferent*in (m/w/d) mit dem Schwerpunkt Umwelt und Klima

Jetzt bewerben! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine*n Fraktionsreferent*in (m/w/d) in Vollzeit (40 Std.) für die Geschäftsstelle im Rathaus. Gestalte mit bei der erfolgreichen Grünen Kommunalpolitik in Deutschlands viertgrößter Stadt!

📍 Köln, Nordrhein-Westfalen

📅 Frist: 31. Juli 2023

Vollzeit

Befristet

Wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in

min. 2 Jahre Berufserfahrung



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

07. Juli 2023

Pressesprecher*in

Der Landesverband BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine*n Pressesprecher*in für die Vorbereitung und Durchführung des Landtagswahlkampfes 2024 (befristet bis 31. Dezember 2024, Vollzeit, Vergütung in Anlehnung an TV-L). Seit mehr als 30 Jahren gestalten wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Politik in Sachsen: auf den Straßen, in...

📍 Dresden, Sachsen

📅 Frist: 31. Juli 2023

Vollzeit

40 Stunden pro Woche

Befristet

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

min. 2 Jahre Berufserfahrung



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat Dresden

06. Juli 2023

Medienreferent*in

Werde Teil unseres Teams! Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Dresdner Stadtrat sucht einen engagierten Medienreferent*in (w/m/d) für das spannende letzte Jahr der aktuellen Wahlperiode. Du hast die Chance, die grüne Politik im Dresdner Stadtrat noch stärker in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und zu erklären.

📍 Dresden, Sachsen

📅 Frist: 15. August 2023

Teilzeit

20 Stunden pro Woche

Befristet

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Werkstudent*in



Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der BVV Lichtenberg

05. Juli 2023

Fraktionsgeschäftsführung (w/m/d)

Die BVV-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in Berlin-Lichtenberg sucht zum nächstmöglichen Termin eine Fraktionsgeschäftsführung (w/m/d). Die Stelle mit einem Umfang von 30 Stunden pro Woche ist befristet bis zum Ende der 9. Wahlperiode (voraussichtlich Ende 2026) - mit der Möglichkeit zur Weiterbeschäftigung darüber hinaus. Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an...

📍 Berlin/Lichtenberg, Berlin

📅 Frist: 31. Juli 2023

Teilzeit 30 Stunden pro Woche Befristet Geschäftsführung
min. 2 Jahre Berufserfahrung



Landesverband Hamburg

28. Juni 2023

Pressereferent*in

Du suchst eine spannende Aufgabe mit viel Gestaltungsspielraum in einer tollen Stadt? Dann bewirb dich bei uns!

📍 Mitte, Hamburg

📅 Frist: 18. August 2023

Teilzeit 30 Stunden pro Woche Unbefristet Presse und Öffentlichkeitsarbeit
min. 2 Jahre Berufserfahrung



Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte

21. Juni 2023

Wahlkampfkoordinator*in

Interessierst du dich für grüne Politik, sind Kampagnen deine Leidenschaft und willst du mit uns Wahlen gewinnen? Der Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sucht im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung (9 Stunden / Woche, 520 Euro / Monat) für den Zeitraum Januar bis Juni 2024 eine*n Regionalkoordinator*in für den Kommunal...

📍 Mecklenburgische Seenplatte, Mecklenburg-Vorpommern

📅 Frist: 31. Oktober 2023

Teilzeit 9 Stunden pro Woche Befristet Wahlkampf Berufsanfänger*in

Veranstaltungs-Kalender



pride week oberberg

14.-20.
AUGUST
2023

Poetry Slam, Filmvorführung "Trans-I got Life",
Picknick für queere Frauen, Lorem Ipsum
Open Air Filmabend "Pride", Diversity Workshop,
Graphic Novel Workshop ...

Jetzt mobiles
Programmheft
downloaden!





Im Rahmen der [PRIDE-WEEK-OBERBERG](#) findet bei uns ein Workshop mit [RUPY DAVID](#) statt. Rupy ist zertifizierte Diversity Trainerin, sie engagiert sich besonders zum Thema Diversity in der Politik, Verwaltung, Universität und Unternehmen.

Der Workshop richtet sich in erster Linie an Menschen in Verantwortung in unserer eigenen Partei, ist aber auch offen für andere Vereine, Organisationen oder Firmen. Er findet mit max. 12 Personen statt. Für wen ist der Workshop gedacht?

- Für alle, die Vielfalt wichtig finden.
- Für alle, die wissen wollen wie Sie dieses Thema Ihrem Umfeld näher bringen können.
- Für alle, die Strategien entwickeln und dafür Unterstützung brauchen.
- Für alle, die sich über Fragen zur Teilhabe austauschen wollen.
- Für alle, die neugierig sind, welche Perspektiven gelebte Vielfalt öffnen kann. [PROGRAMMHEFT PRIDE-WEEK-OBERBERG](#) Anmeldung & weitere Infos bei uns in der KGS!



[HIER GEHT'S ZUM AKTUELLEN KV-VERANSTALTUNGSKALENDER \(ANKLICKEN\)](#)

Kontakt Kreis-Geschäftsstelle

**Kreisgeschäftsstelle
Die Grünen Oberberg**

**Hindenburg Str. 35
51643 Gummersbach**

**02261 - 24540
02261 - 28695**
 Seb Schäfer
 Gabi Müller

**kv@gruene-
oberberg.de**

Öffnungszeiten: Mo - Fr 10 - 16 Uhr

Kreisgeschäftsstelle

Kommt gerne auch mal so, auf einen Kaffee oder Tee vorbei!

Seb Schäfer Kreisgeschäftsführer

Fon: +49 02261 24540

Gabi Müller Mitarbeiterin

Fon: +49 02261 28695

Anschrift:

Hindenburgstr. 35

51643 Gummersbach

eMail:

geschaeftsstelle@gruene-oberberg.de

Fax: +49 02261 919684

Bürozeiten:

Mo-Fr 10 – 16 Uhr

sonst auf Anfrage

WebSite:

www.gruene-oberberg.de

Wahlkreisbüros

Wahlkreisbüro Sabine Grützmacher, MdB

Telefon: +49 0151 17243593

Email: sabine.gruetzmacher.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Marc Zimmermann, MdL

Telefon: 02261-9989631 (Mo und Di, 9 - 12:30 Uhr)

Email: ulrike.classen-buettner@landtag.nrw.de

